

Arbeiter-Zeitung

Heute: **Sport vom Sonntag!**
Beschriftung: 2 Pf.
Wochenlohn = 2 Pf.
monatlich 2,15 Pf.
Die dreigespaltene A
sammlungsangeleg
meterzeile oder
Saubere Bedienung

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Ver-
treter: 43902. Postkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Korbe-
haus). Fernsprecher 430 02. Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
trieb von 17-18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schließliche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 43902.

Der Siegeszug der Einheitsfrontaktion in den Betrieben

Die Hamburger Straßenbahner im Streit

Hochbahn-, Straßenbahn-, Autobus- und Fährbetrieb restlos stillgelegt!

Breslauer Gemeindearbeiter, greift auch ihr jetzt an!

Hamburg, 3. Oktober. Die Belegschaften der Hoch- und Straßenbahn und der Alsterfährt sind Sonnabend früh geschlossen in den Streit getreten. Es handelt sich um circa 10 000 Bedienstete, die gegen den Lohnabbau kämpfen. Vergeblich hatte in der Freitagabend stattgefundenen Versammlung die Leitung des Gesamtverbandes, insbesondere der Gewerkschafts-angestellte Altmann, die äußersten Anstrengungen gemacht, um die erbitterten Arbeiter vom Streit zurückzuhalten.

Die Hamburger Verkehrsarbeiter hatten in Gewerkschaftsver- sammlungen beschlossen, eine Abstimmung in den Betrieben vor- zunehmen. Bei dieser Abstimmung, die gestern stattfand, wurde mit überwältigender Majorität — bei den Hoch- und Straßen- bahnern mit 4000 gegen 200 Stimmen — der Streit beschlossen. Der Kampf richtet sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden ohne Lohnausgleich bei einem gleichzeitigen fünfprozentigen Lohnabbau. Die Gewerkschaftsbürokratie trat in Gewerkschaftsversammlungen für die Annahme des Schiedspruchs, diese Bestimmungen enthält, ein.

Der Streikbeschluss der Hamburger Verkehrsarbeiter gegen den Lohnabbau zeigt den gewaltigen Kampf gegen die deutsche Arbeiterchaft. Der Streik in Hamburg alarmiert die Gemeinde- und Verkehrsarbeiter in allen Städten Deutsch- lands und darüber hinaus die gesamte Arbeiterchaft. In allen Betrieben ist die Parole: Keinen Pfennig Lohnabbau, Verkürzung der Arbeitszeit nur mit vollem Lohnausgleich. Schließt die Ein- heitsfront unter selbstgewählten Kampfleitungen, durchkreuzt die Mandate der Gewerkschaftsbürokratie und die Lohnraubpläne der Unternehmer.

Streikbruch-Aktion der Reformisten

Hamburg, 3. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der allgemeine Ver- kehrsarbeiterstreik in Hamburg wird geschlossen durchgeführt. Der Verkehr ist völlig lahmgelegt. Die ganze Stadt steht unter dem Eindruck des Streiks. Der Hamburger Senat, dessen Finanzdeputa- tion die Aufsichtsbehörde der Hochbahnverwaltung ist, hat Maß- nahmen zum Einhalt der Technischen Nothilfe bei der Hamburger Walddörferbahn getroffen. Der Senat setzt sich bis zur Hälfte aus Sozialdemokraten zusammen. Durch die Zusammenarbeit mit dem Senat hat die Gewerkschaftsbürokratie mit Mehrheit erklärt, die Aufnahme der Arbeit auf der Walddörferbahn durchzuführen und hat eine diesbezügliche Aufforderung an die Arbeiter erlassen. Diese Maßnahme der Gewerkschaftsbürokratie ist ein schändlicher Schlag gegen den Streikampf der Verkehrsarbeiter.

Der Streik der Hamburger Verkehrsarbeiter ist ein leuchtendes Beispiel für die Breslauer Gemeindearbeiter, die zum Streit rufen. Die Führer der KPD., SAP. und des AOB. sind drauf und dran, die Gemeindearbeiter für einen etappenweisen Lohnabbau zu ge- winnen. Die Kollegen, deren Löhne seit 1930 schon um 30 Prozent gesenkt wurden, dürfen diesen Verrat nicht hinnehmen.

Wie ungeheuerlich der bereits erfolgte Lohnabbau ist, wird durch die Tatsache bewiesen, daß die gesamte Lohnsumme für die städtischen Arbeiter pro Jahr um acht Millionen Mark gesenkt worden ist!

Die am Freitagabend abgehaltene Funktionärkonferenz des Gesamtverbandes zeigte recht deutlich, was die Führer der KPD., SAP. und des AOB. gegen die Gemeindearbeiter vorhaben! Der SAP.-Mann und Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Gemeindebetriebe Schwarz hatte im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Blant die Konferenz vor der Abstimmung der Entschliebung: „Macht die Betriebe kampfbereit!“ geschlossen. Die Konferenz hatte daraufhin einen neuen Versammlungsleiter gewählt und über die Entschliebung wurde dann abgestimmt.

Die sozialdemokratische „Vollmacht“ und auch die „SAP.“ vom Sonnabend reden von einem Gemeindearbeiterstreik, der be- vorstehe, verschweigen aber die wichtige Tatsache, daß die Blant, Schwarz und Co. gerade die Nichtauslösung von konkreten Kampfmaßnahmen zur Auslösung des Kampfes verhindert haben. Ein Beschluß auf: „Macht die Betriebe kampfbereit!“ ist einen Dre- wert, wenn nicht an die Durchführung desselben herangegangen wird.

Die Breslauer Gemeindearbeiter müssen deshalb die Vorberei- tung und Führung des Kampfes in die eigenen Hände nehmen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die roten Betriebsräte werden sie auf das härteste unterstützen. Die einzelnen Gemeindebetriebe und Abteilungen müssen in sofort stattfindenden Betriebsversammlungen

gegen den geplanten etappenweisen Lohnabbau Stellung nehmen und dem Beispiel der Hamburger Kollegen folgen! Nur so und nicht anders werden sie ihren alten Lohn stetig verteidigen können.

„Rote Fahne“ wieder verboten!

Berlin, 3. Oktober. (Eig. Drahtber.) Die „Rote Fahne“, die am Sonnabend nach dreiwöchigem Verbot zum erstenmal erschienen ist, wurde gleich am ersten Tage erneut auf zwei Wochen bis zum 15. Oktober verboten. Das Verbot wurde vom Berliner Polizei- präsidenten Melcher, gegen den bekanntlich im Preussischen Landtag vor mehreren Tagen ein Abhebungsbeschluss gefaßt wurde, erlassen. Im Verbot wird erklärt: „Die Veröffentlichung der Gründe ist ver- boten und würde ein erneutes Verbot zur Folge haben.“

Gegen das neue Verbot der „Roten Fahne“ muß eine wahre Protestwelle in den Betrieben und auf den Stempelfellen einziehen. Fordert die sofortige Aufhebung desselben! Verantwortet das Verbot mit der verstärkten Werbung für die kommunistische Presse! Hinaus mit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Lügenpresse aus den Wohnungen der Werktätigen!

Neue Streits in Schlesien und OS.

Waldenburg, 1. Oktober. Die Belegschaft der Firma Warmbl, Armaturen — 60 bis 70 Mann — ist ebenfalls gegen Lohnsenkung in den Streit getreten.

Friedrichsgräß bei Oppeln, 1. Oktober. Nachdem die Gemeinde die Forderungen der Pflichtarbeiter abgelehnt hatte, traten am 30. September die Pflichtarbeiter in den Streit.

Streikfront bei Hülßen ungedrohen

Breslau, 3. Oktober. Die Streikfront der Hilfsarbeiterinnen bei der Firma Hülßen, Bahnhofstraße, steht ungedrohen. Der Kampf der Betriebsarbeiterinnen, der sich gegen einen Lohnabbau von 1,50 Mark die Woche richtet, muß von der gesamten werktätigen Bevölkerung unterstützt werden. Auch der kleine Gewerbetreibende hat ein Interesse an der siegreichen Beendigung dieses Kampfes. Gerade die Kleinwerbetreibenden, die ja wiederum mit den Be- triebarbeitern und Erwerbslosen auf das engste verbunden sind, haben das größte Interesse an der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiterchaft. Deshalb müssen sie auch jetzt sich solidarisch mit den kämpfenden erklären.

Die Sympathie mit den Streikenden kommt durch die regen

3500 Seelente unter Führung der KPD. im Streit

Hamburg, 3. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der Streik in der Hochseefischeret hat voll eingesetzt. Die Besatzungen sämtlicher Fisch- dämpfer der Nord- und Ostsee mit etwa 3500 Seelente haben die Arbeit niedergelegt. Die Reeder hatten versucht, gelegentlich des Ablaufens des Tarifvertrages einen Lohnabbau herbeizuführen. Die KPD. rief die Seelente daraufhin zum Streik auf, die dem Ruse restlos Folge leisteten. Der Streik steht unter Führung der KPD.

Der größte und letzte Reichenbacher Textilbetrieb ab heute im Streit

Reichenbach, 3. Oktober. Es ist gelungen, den letzten Textil- betrieb, Rosenberger, in den Streit zu bringen mit einer Beleg- schaftszahl von 300 Mann. Die Abstimmung der Belegschaft der Firma Rosenberger verlief wie folgt: 199 für den Streik und 91 da- gegen. Damit wurde die Arbeit im letzten Betrieb niedergelegt. Die gesamte Reichenbacher Textilindustrie befindet sich im Streit.

Diskussionen, die sich vor dem Betrieb abspielen, zum Ausdruck. Die Polizei forderte die Hausmeisterin bereits mehrmals auf, die Parole: „Hier wird gestreikt!“ auf der Straße zu entfernen. Auch die Hausmeisterin erklärte sich jedoch solidarisch und führte es bisher nicht durch; auch die anwesende Polizei, die auch heute vormittag wieder vor dem Betrieb steht und die bereits den Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“ vor dem Betrieb zu verhindern suchte, vermag den Kampfwillen der Streikenden nicht zu brechen.

Die erwerbslosen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus dem graphischen Gewerbe müssen jeglichen Streikbruch vermeiden. Die Kollegen und Kolleginnen, die gegen den Willen der Gewerkschafts- bürokratie der einzig möglichen Parole der KPD. „Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub“ gefolgt sind, dürfen sich durch kein Ma- növer und durch keine Ueberredungskunst der Gewerkschaftsführer vom Kampf abhalten oder ihren Kampfwillen schwächen lassen.

Kampfbereite Tabatarbeiterinnen schlagen Lohnraubangriff zurück

Oslau, 2. Oktober. In der Zigarrenfabrik Deter, welche etwa 150 Frauen und Mädchen beschäftigt, und die den ungelerten Ar- beiterinnen einen Stundenlohn von 28 Pfennigen zahlt, sollte vor einigen Tagen ein Lohnabbau von 12 Prozent vorgenommen werden. Erst im Frühjahr gelang es der Firma, mit Hilfe der Gewerkschafts- bürokratie einen 28 prozentigen Lohnraub durchzuführen. Auch jetzt versuchte der Bonze Langner durch seinen Verhandlungsweg die Lohnsenkung zu ermöglichen. Die KPD. organisierte sofort eine Betriebsversammlung und wählte in derselben einen sechsgliedrigen Kampfausschuß, der zum großen Teil aus partelosen Frauen und Mädchen besteht. Der reformistische Betriebsrat lehnte es ab, zu den Verhandlungen den Kampfausschuß mit hinzuzuziehen. Dadurch steigerte sich der Kampfwillen der Frauen und Mädchen, die erkannten, daß nur durch den energischen Widerstand der Lohnraub verhindert werden kann, so daß sich durch das geschlossene Auftreten der Beleg- schaft die Firma gezwungen sah, den Lohnraub zurückzuführen. Für morgen abend um 8 Uhr hat die KPD. erneut eine Betriebsver- sammlung aller in der Tabakindustrie Beschäftigten bei Schmidt über der Ober einberufen, wo weitere Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen.



Signal aus Hamburg!

Der Streik der 10 000 Hamburger Verkehrsarbeiter ist ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Denn er zeigt aufs Klarste, wie sehr sich die Situation in Deutschland geändert hat, wie stark der Kampfswille und das Kraftbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse gewachsen ist. Mit diesem Kampf ist — deutlich sichtbar für die gesamte deutsche Arbeiterklasse — die Streikwelle, die gegenwärtig Deutschland durchzieht, in eine neue Phase getreten, hat eine neue, höhere Stufe erreicht.

In Hamburg wurden sowohl die Hochbahn wie die Straßenbahn, der Autobusbetrieb und die Mitter-Schiffahrt stillgelegt. Das sind öffentliche Betriebe, die von dem Hamburger Koalitionsrat verwaltet werden, in dem die Sozialdemokratie eine führende Stellung hat. Jetzt sind also die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter gegen die Lohnabbaupolitik des sozialdemokratischen Koalitions-Senats in den Kampf getreten!

Vergeblich haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Ausbruch dieses Streiks zu verhindern. Die Arbeiter schritten über ihre Köpfe in den Kampf! Hatten die SPD- und Gewerkschaftsführer vorher gehöhnt, daß der Einfluß der Kommunisten und der KPD in den Verkehrsbetrieben gering sei, so mußten sie jetzt mit Schrecken feststellen, wie stark selbst die sozialdemokratischen Mitglieder der Freien Gewerkschaften unter dem ideologischen Einfluß der KPD und KGO stehen.

Denn die Linie dieses Hamburger Streiks läuft der ganzen Politik der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie schnurstracks zuwider. SPD und KGO fordern noch heute die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. In Hamburg aber haben die sozialdemokratischen Arbeiter sich den kommunistischen Standpunkt zu eigen gemacht: Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich, und sind in den Streik getreten, weil die Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden, d. h. um drei Stunden verkürzt werden sollte, ohne daß ein Lohnausgleich gewährt wurde. Die Praxis der Reformisten geht darin, Kämpfe gerade in solchen Verkehrsbetrieben unter allen Umständen zu verhindern und die Arbeitermassen in Verhandlungen am grünen Tisch zu verkaufen. Der Kampfswille der Hamburger Verkehrsarbeiter aber hat diese Taktik durchkreuzt. Sie haben den Schiedspruch sofort mit dem Streik beantwortet und den Gewerkschaftsführern gar keine Zeit gelassen, noch ein Betrugsmanöver durchzuführen. Freilich droht nun die Verbindlichkeitsklärung des Schlichters, droht damit die verräterische Kapitulation der Reformisten vor dem Schlichterdictat. Aber werden die Hamburger Verkehrsarbeiter, die mit solchem Elan in den Kampf gegangen sind, vor dem Machtpruch des Schlichters und dem Verrat der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie zurückweichen?

Dieser Hamburger Streik ist ein Signal vor allem für die Arbeiterklasse der Großbetriebe. Während in der ersten Periode dieser Streikwelle es meistens kleinere und mittlere Betriebe waren, in denen die Unternehmer den Lohnabbau diktierten und deren Belegschaften mit dem Streik antworteten, hat sich in der vergangenen Woche schon einiges geändert. In Weizenfels ist es eine ganze Arbeitergruppe, die geschlossen im Streik steht, und zwar trotz des Widerstandes der reformistischen Verbandsleitung, trotz der einseitigen Verfügung des Gerichts, trotz der Drohungen mit einem Streikverbot. Dieser Streik trug schon einen eminent politischen Charakter! Im Streik auf dem Remscheid der Mexanberwerf handelte es sich bereits um eine Belegschaft von über 700 Mann, die trotz des Widerstandes der Hilfs- und Dunderschen und reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, welche zum Arbeitsgericht liefen, in den Kampf traten — auch hier in klarer Frontstellung gegen den Staat! Bei dem Schenck-Streik in Berlin handelte es sich um eine Belegschaft von rund 1000 Köpfen, die gegen einen von der Bürokratie angenommenen Schiedspruch den Kampf führen.

Mit dem Hamburger Streik ist diese Entwicklung in ein neues Stadium getreten. Dieser Streik bei seiner erhöhten politischen Bedeutung wird bei der Bourgeoisie ein verstärktes Mitgefühl zur Folge haben, er wird von den Arbeitermassen, vor allem der Großbetriebe als ein Signal betrachtet werden, das auch sie zum Kampf ruft. Greift aber die Streikwelle wirklich auf die Großbetriebe über, so ist — bei der glänzenden Kampfstimmung, welche die Massen immer stärker erfasst — das Schicksal der Papenschen Lohnabbauverordnung besiegelt, dann ist diese Unternehmerrückwärtsentwicklung zum Scheitern verurteilt!

Darum gilt es jetzt, mit aller Kraft die Welle des Kampfes weiterzutragen. Darum müssen auch sofort diejenigen Belegschaften, die noch nicht unmittelbar vom Lohnabbau bedroht sind, Stellung nehmen und zum Kampf rufen. Darum müssen insbesondere die Arbeiter der Großbetriebe jetzt in die Front hineingeführt werden!

Diese Welle von Streiks, von siegreichen Streiks, hat bei den Massen ein neues Kraftbewußtsein erzeugt. Jawohl, es ist möglich, zu kämpfen und zu siegen! Die Kommunisten haben es recht behalten: auch heute noch kann die Arbeiterklasse das Unternehmertum schlagen! Die Einheitsfrontaktion hat die Lage verändert!

Ihr klugen Herren Unternehmer und Gewerkschaftsbürokraten, ihr habt euch gründlich verrechnet! Die deutsche Arbeiterklasse zeigt euch, daß sie kämpfen kann! Es lebe der Kampf der deutschen Arbeiterklasse!

Streik der graphischen Hilfsarbeiter bei der „Frankfurter Zeitung“

Frankfurt a. M., 3. Oktober. (Fig. Drahtber.) Seit Sonnabend nachmittag stehen die graphischen Hilfsarbeiter im Verhieb der „Frankfurter Zeitung“ gegen Lohnabbau im Streik. Die Abstimmung ergab von 120 Arbeitern 106 für den Streik, einer dagegen, vier ungültig, neun Enthaltungen. Der Betriebsrat Schnell, der die Abstimmung der Belegschaft im Betrieb durchführte, wurde bereits frühzeitig entlassen. Große Erregung unter der Belegschaft. In der ersten Streikversammlung am Nachmittag, die auf Initiative der KPD einberufen wurde, wurde eine Kampfleitung gewählt. In der Versammlung ließ sich die reformistische Bürokratie nicht sehen und erklärte sich als „neutral“. Die Zeger und Drader haben gegenüber der fruchtlosen Entlassung des Betriebsrats Schnell einen Solidaritätsbeschluss gefasst und wollen heute weitere Maßnahmen beschließen. Heute findet eine zweite Streikversammlung statt. Die „Frankfurter Zeitung“ erscheint seit Sonnabend in ganz beschränktem Umfang.

Heute Trommeltag!

Jede Pionierabteilung macht Haus- und Hofpropaganda gemeinsam mit der Zelle der Partei und des Jugendverbandes. Leitend: Barbara für „Die Trommel“!

Neue Streikfliege im Reich

In München-Gladbach erreichte die Belegschaft der Firma Meier u. Lorenz durch kurzen Streik, daß die Firma die Lohnabbau-Forderung zurücknahm.

Die Firma Halbach in Düsseldorf wollte den Lohn für die 31. bis 40. Arbeitsstunde um 20 Prozent kürzen. Als die Belegschaft einen Kampfbeschluß faßte, zog die Verksleitung ihren Anschlag zurück und machte durch einen neuen bekannt, daß die alten Löhne weitergezahlt werden.

In Osnabrück in Sachfen wollten die drei Firmen Schuhfabrik Marthaus, Filzfabrik Marthaus und Kopp u. Haberland einen Lohnabbau durchführen. Als die Belegschaften Streikbeschlüsse faßten, zogen die drei Firmen die Lohnabbau-Anschläge zurück. Bei der Firma Kopp u. Haberland wurde außerdem die Nachzahlung des seit einigen Wochen gekürzten Lohnes durchgeführt.

In Chemnitz wollte die Firma Stärker für die 30. bis 40. Arbeitsstunde einen Lohnabbau von 20 Prozent durchführen. Als die KGO vor dem Betrieb Flugblätter verteilte, in denen zum Streik aufgefordert wurde, zog der Unternehmer seine Lohnabbau-Forderung zurück.

In Speyer wollte die Geschäftsleitung der Schuhfabrik Bernhard Roos KG. einen Lohnabbau durchführen. Die Kampfentschlossenheit der Belegschaft zwang auch hier den Unternehmer zum Rückzug.

Streikfliege auch in Weizenfels

Weizenfels, 3. Oktober. (Fig. Drahtber.) Auf Grund des geschlossenen wichtigen Streiks der Schuharbeiter in Weizenfels haben die Unternehmer den Lohnabbau zunächst rückgängig machen müssen und erklärt, daß die Arbeit unter den alten Bedingungen ohne Nachregelungen aufgenommen werden kann. Bei den Verhandlungen, die zwischen Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie stattgefunden haben, hat letztere einer Vereinbarung zugestimmt, in der es unter anderem auch heißt, „daß die Zurücknahme des Lohnabbaues unter Aufrechterhaltung der bisherigen Rechtsbestimmungen“ erfolgt. Damit unterstützt die Verbandsbürokratie den Plan der Unternehmer, an das Arbeitsgericht in Halle zu appellieren, und einen Beschluß des Arbeitsgerichts, wonach der Lohnabbau gültig ist und Streikverbote herbeizuführen.

Nehmt den Hindenburg-„Sozialismus“ in die Zange!

Er leistet positive Arbeit — für wen?

In einer Versammlung der SPD-Betriebs-Vertrauensleute in Berlin erklärte Crispian laut „Vorwärts“ vom 30. September:

„Die Kommunisten haben nie positive Arbeit für die Arbeiterklasse geleistet.“

Hat denn die Sozialdemokratie „positive Arbeit“ geleistet? Freilich hat sie das, aber für wen?

1918/19 hat die SPD., um den Sturz des Kapitals und die Errichtung der sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Republik zu verhindern, einige Broden den Arbeitern zur Dämpfung und Beruhigung hingeworfen und das kapitalistische System gerettet. Ist das positive Arbeit? Ja, für das Kapital!

Dann hat die SPD. ein Jahrzehnt hindurch die wirtschaftlichen und politischen Vorstöße der Unternehmer unterstützt, die kapitalistische Rationalisierung ermöglicht, die Arbeiterbewegung durch die SPD.-Polizeiprääsidenten verfolgt, die Panzerkreuzer gebaut, die Frontabfindungen erleichtert, die kirchliche Kulturreaktion gefördert. Das ist wirkliche positive Arbeit der SPD. aber — gegen die Arbeiter und für die Unternehmer, Reaktionäre, Fürsten und Kriegsrüster.

Die SPD. hat durch ihre Müller-Regierung Brüning und durch ihre Tolerierung Brünings dann Papen den Weg geebnet und zugleich Hitler die Tore geöffnet. Sehr positive Arbeit — schmunzeln Herr von Krupp und Herr von Schleicher zufrieden.

Das Ergebnis der „positiven Arbeit“ der SPD.

ist heute der Hunger und der Faschismus. Jetzt leht die SPD. als „positive Opposition“ ihre „Arbeit“ fort, d. h. sie

Immer neue Streiks gegen Lohnabbau

In Chemnitz ist am 29. September die 200 Köpfe starke Belegschaft des Textilbetriebes Müller & Horn in den Streik getreten. Die Geschäftsleitung will den Lohn von der 30. bis 40. Stunde um 50 Prozent kürzen. Die Belegschaft besteht zu 95 Prozent aus Frauen. Es wurde eine Streikleitung gewählt, die nur aus Arbeiterinnen besteht.

In Gladbach-Rheydt ist die Belegschaft der Schuhfabrik Stern in den Streik getreten, weil die Geschäftsleitung die Löhne von der 30. bis 40. Stunde kürzen will. Die Belegschaft hat sofort zu ihrer ersten Streikversammlung einen Vertreter der KGO. angefordert.

In Burscheid trat am 29. September die Belegschaft des Betriebes Bergfeld & Heider in den Streik. Der Kampf geht gegen eine 50 prozentige Kürzung der Löhne von der 30. bis 40. Wochenstunde.

Die Streikbewegung gegen den Lohnabbau behnt sich jetzt auch in Bayern weiter aus.

In München stehen die Belegschaften der Baufirmen Liebergessell & Lehmann, Stöhr, Kiepl, Albert Schmidt und Geymer & Abeles seit dem 29. September im Streik.

Auf einer Reihe anderer Baustellen haben die Belegschaften bereits Streikbeschlüsse gefaßt, so daß mit der Verbreiterung des Streiks zu rechnen ist. In Weizenburg (Nordbayern) sind die Arbeiter der Straßenbaufirma Röll gegen einen 50 prozentigen Lohnabbau in den Streik getreten.

Die Belegschaft der Volta-Werke in Nürnberg ist trotz heftigen Widerstandes von Vertretern des Holzarbeiterverbandes geschlossen in den Streik gegen Lohnabbau getreten.

In Regensburg haben die Arbeiter der Baufirma Hanad auf 2 Baustellen die Arbeit niedergelegt. Der Kampf richtet sich gegen einen Lohnabbau auf Grund der Papen-Rotverordnung.

In der Maschinenfabrik Fritz Berner KG. in Marienfelde steht die Belegschaft der Abteilung Schaberei (etwa 25 Mann) seit dem 28. September im Streik gegen eine geplante Akkordverschlechterung.

In Potsdam sind am 30. September die Hilfsarbeiter der Buchdruckerei Stein in den Streik getreten.

kapituliert wie am 20. Juli vor der Papen-Regierung und unterstützt sie auch auf vielfache Weise auf allen Gebieten.

Und die Kommunistische Partei?

Die KPD hat eine breite revolutionäre Massenbewegung geschaffen, deren Weg die Stärkung und deren Ziel der endgültige Sieg des Proletariats ist. Sie hat die Köpfe von Millionen Arbeiter geklärt und die proletarische Klassenfront, den Träger der lokalen und nationalen Befreiung geschmiedet. Das heißt positive Arbeit für die Arbeiterklasse!

Die KPD hat durch außerparlamentarische Mobilisierung in unzähligen Fällen die Durchsetzung der Tagesforderungen der Arbeiter herbeigeführt. Vor den Antifaschistischen Aktion der KPD. und ihrem Kampf gegen den Versailles Vertrag tritt die deutsche Imperialisten. Das ist proletarisch positiv!

Die KPD. hat jetzt durch die Antifaschistische Aktion die Hitlerpartei zum Stehen, ja zum Rückgang gebracht, wie es sich im Wahlergebnis vom 31. Juli widerspiegelt. Das ist positive proletarische Arbeit!

Die KPD. und die KGO. haben durch ihre Einheitsfrontaktion und unermüdbliche Kampf- und Streikmobilisierung und -organisation die Grundlage der gegenwärtigen siegreichen Streikwelle geschaffen!

Das ist die wahrhaft positive Klassenarbeit der KPD!

Darum, sozialdemokratische Kollegen, geht über die Crispian, Böbe, Hellmann und Wels hinweg und verstärkt gemeinsam mit den Kommunisten die Einheitsfrontaktion zu neuen, weiteren Siegen.

Furchtbarer Irrtum über die Nazi-partei

Zwei faschistische Schriftsteller, August Winnig und Hans Grimm, haben in einem offenen Brief an die Nazi-partei dringend darum gebeten, Hitler möge sich doch um Gottes willen nicht auf den Weg des Klassenkampfes drängen lassen. Diesen Leuten antwortet die mecklenburgische Nazi-zeitung, der „Niederdeutsche Beobachter“ vom 22. September:

„Hans Grimm sieht die NSDAP. in einer klassenkämpferischen Arbeiterfront? Das ist eine furchtbare Verkennung der Lage. Der Nationalsozialismus ist der einzige feste Wall aus lebenden Menschen, die... dafür sich einsetzen, daß nicht Zustände einreißen, wie in Spanien, wo der gesamte Großgrundbesitz enteignet wird oder gar wie in Rußland!“

In der Tat, es ist der furchtbarste Irrtum, anzunehmen, die Nazi-partei vertrete die Interessen der Arbeiterklasse. Es ist die Partei der Großgrundbesitzer, der Schwerindustrie, der Barone, Prinzen und des ganzen adligen Gekichters. Es ist die Partei derer, die vom siegreichen Proletariat enteignet und zum Arbeiten gezwungen werden.

Werk tätige Nazlanhänger! Macht Schluß mit dieser Nazi-partei der Schlotbarone und Krantjunker! Macht Schluß mit den Papen-Nazis! Her zur Einheitsfrontaktion gegen Kapitalismus und für Sozialismus!

Uebt praktische Solidarität!

Zeichnet auf die Sammelisten der IAH. zur Unterstützung der streikenden Kollegen!

In Mannheim legten die Hilfsarbeiter der Buchdruckerei Seitz die Arbeit nieder.

Streik bei Karstadt AG., Kassel

Reformistische Betriebsräte als Streikbrecher

Die Gesamtbelegschaft der Karstadt-AG., Kassel-Bettenhausen, ist, nachdem sie am Freitag passive Resistenz geübt hatte, am Sonnabendfrüh in den Streik getreten. Die Ursache bildet ein Anschlag der Firma, durch den eine Kürzung der Branchenzuschläge und der Nachzulage eintreten soll. Das würde eine Kürzung der Löhne von 10 bis 15 Prozent bedeuten. Die reformistischen Betriebsräte mit einer Ausnahme arbeiten und sind im Betrieb verblieben. Sie leisten also Streikbrucharbeit.

Streik bei Drenstein & Koppel

Bei der Firma Drenstein & Koppel, Berlin-Spandau, sind am Sonnabendvormittag 11 Uhr die Abteilungen Schmiede, Dreherei, Aderbau 2 und 3, Kranbau und Löffelbaggermontage in den Streik getreten. Der Streik wurde aufgelöst durch einen Akkordabbau von 10 Prozent, den der Unternehmer durchführen wollte. Bei der Abstimmung waren 150 für und 27 gegen den Streik.

Streik der Möbeltransportarbeiter geht weiter

Berlin, 3. Oktober. (Fig. Drahtber.) Der Streik der Möbeltransportarbeiter nimmt seinen Fortgang. Die Möbeltransportfirmen versuchten Umzüge mittels Streikbrecher durchzuführen. Es kam an mehreren Stellen Berlins daraufhin zu Zusammenstößen. Die Polizei griff mit Gummiknüppeln ein und schlugte, wie beispielsweise

Christliche Arbeiter - in die Einheitsfront!

Auf einer Tagung der christlichen Gewerkschaften in Weiskalen, über welche „Der Deutsche“, das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften, vom 8. September berichtet, meldeten sich auch eine Anzahl arbeitsloser Mitglieder dieser Verbände zu Wort. In ihren Reden zeichneten sie ein erschütterndes Bild der furchtbaren sozialen Not, unter der die christlichen Arbeiter gleichermaßen leiden wie ihre Klassen Genossen in der kommunistischen Partei.

„Für Sträflinge wird mehr aufgewandt als für uns“, sagte einer der Delegierten. „Sechs Personen sind wir, zum Leben bleiben noch Abzug der Miete, noch

täglich 20 Bfg. pro Person“

„Nanu man unser Begehren noch Leben nennen?“ fragt ein anderer. „Wir wollen nur leben, menschenwürdig leben. Aber kann man das überhaupt noch, wo ist da noch Gerechtigkeit?“

Ein anderer christlicher Kollege erklärt: „Maklozes Unrecht wird tagtäglich an uns begangen durch diese Notverordnung Papens, die uns das letzte noch nimmt und uns vollends ruiniert. Brünning legte uns schwere Opfer auf. . . . Vergeltlich fragen wir uns, wofür diese Notverordnung, wofür diese Opfer.“

Und schließlich sagt einer: „So werden Menschen zur Verzweiflung gebracht und zu Kommunisten gemacht. Sie sehen keinen Ausweg mehr, und so ist ihnen alles gleich. Sie rufen Moskau und greifen zum letzten Mittel: zum Kommunismus. Die SPD. hat sich bei uns bei der letzten Wahl verabschiedet. Das ist die Folge.“

So sprechen christliche Arbeiter. Sie, ihre Klassen Genossen und die ganze werktätige Bevölkerung leben in furchterlichsten Elend. Für alle steht die eine Frage:

Welches ist der Ausweg, wo ist die Rettung?

Die Industriellen, die Bankiers und die Großgrundbesitzer haben immer neue Lasten auf die werktätigen Massen gelegt. Ihre Regierungen waren und sind immer die Eintreiber der Millionen Steuern, die Einzelstücker einer wahnwichtigen Ausbeutung in den Betrieben, die Verordner von Not und Elend, die Wächter des Kapitalismus. Dies trifft zu auf die Regierungen, die von der Sozialdemokratie geführt wurden, wie auf diejenigen, die unter Führung der Zentrumspartei standen. Wer hat fast ausschließlich mit Notverordnungen regiert, wer hat alle Maßnahmen durchgeführt, die der Bourgeoisie den Übergang zur offenen faschistischen Diktatur ermöglichen? Es war Brüning.

Papens Verordnungen bringen neue Not und neues Massenelend. Sein Programm ist das Programm neuen Lohnabbaues und Sozialabbaues. Bald werden dem christlichen Arbeiter, der auf der erwähnten Gewerkschaftstagung berichtete, daß ihm täglich nur noch 20 Pfennige zum Leben verbleiben, bald werden ihm auch diese Hungergrößen weiter geschnitten. Dies eben ist der „Ausweg“, den der Kapitalismus gehen will: Der Ausweg auf Kosten des Untergangs von Hunderttausenden, ja Millionen Werttätiger.

Die Führer der christlichen Gewerkschaften, die Führer des Zentrums sind keineswegs die Gegner einer solchen Methode des kapitalistischen „Ausweges“. Die „Germania“, das Zentralorgan der Zentrumspartei, erklärte in ihrer Nummer vom 6. September zur Papenschen Notverordnung, daß dieselbe keine Ueberrassungen bringe, weder nach der guten, noch nach der schlechten Seite. Zur Aufhebung der Tarifverträge erklärt die „Germania“:

„Diese Regelung hat gegenüber schematischen Vorschlägen, wie sie von anderer Seite gekommen sind, den Vorzug, daß die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Betriebe sowohl in organisatorischer, technischer und finanzieller Beziehung besser berücksichtigt werden können. Allerdings konnte dieser Vorteil nur dadurch erzielt werden, daß die bisherigen Tarifverträge in einem nicht unwesentlichen Punkte nun durch Gesetz aufgehoben werden.“

Nachdem die „Germania“ auf diese Weise die Vorteile der Durchlöcherung und teilweisen Aufhebung der Tarifverträge für die Unternehmer hervorzuheben hat, findet sie nur noch einige heuchlerische Worte des Bedauerns für die noch beschäftigten Arbeiter. Das Zentralorgan der deutschen Zentrumspartei macht sich den Standpunkt der Unternehmer und der Papen-Regierung im wesentlichen vollkommen zu eigen.

Die Zentrumspartei

und die Führer der christlichen Gewerkschaften sind mit der schärfsten Belastung der Massen einverstanden und was sie nur vermeiden wollen, ist lediglich die offene, unverhüllte, brutale, jedem Arbeiter sichtbare Methode der Sozialreaktion, wie sie von der Papen-Regierung angewandt wird. Die christlichen Führer halten es für zweckmäßig, die Massen nicht zur Rebellion zu treiben, den neuen gewaltigen Lohn- und Sozialabbau-Feldzug wenigstens ganz notdürftig durch parlamentarische Manöver zu tarnen. Das rheinische Zentrumblatt, die „Rheinische Volkzeitung“, vom 13. September, gibt ganz offen zu, daß es bei der letzten Abstimmung im Reichstag gar nicht um die Notverordnung, bzw. um die Einzelheiten der Papenschen Notverordnung ging, sondern darum, einer Regierung das Mißtrauen auszusprechen, die ohne und gegen den Reichstag glaubt, regieren und

innere Ruhe schaffen zu können, in Wirklichkeit aber das Volk nur radikalisiert.“

In der Tat haben die ungeheuerlichen Pläne und Verordnungen der Papen-Regierung die werktätigen Massen tief aufgewühlt. In Lager der christlichen Arbeiter hat die Empörung über das schändliche Verhalten ihrer Führer Platz gegriffen. Das Zentrum, welches unter der Losung „Gegen Nationalsozialismus und Faschismus!“ in die vergangenen Wahlen gezogen war, treibt seit Wochen einen erbärmlichen Strohhandel mit denselben Nationalsozialisten, von denen sie während des Wahlkampfes angepöbel wurden. Die Zentrumspartei erweist sich auch vor den Augen der christlichen Arbeiter immer deutlicher als eine entscheidende Kraft des Faschismus, die im Bündnis mit den Nationalsozialisten auch jetzt wieder den Versuch unternimmt, die Durchführung der faschistischen Maßnahmen gegen die werktätigen Massen zu garantieren bei gleichzeitiger Sicherung ihres Einflusses auf die großen Massen der christlichen Arbeiterbevölkerung.

Die kommunistische Partei, gegen die sich der Haß aller Verliebten und der Hauptkampf der Papen-Regierung richtet, hat an das arbeitende Volk Deutschlands ein Manifest gerichtet, in dem sie zu brüderlicher kämpferischer Geschlossenheit, zur

Einheitsfrontaktion gegen Hunger und Papendiktatur

aufruft. Das Manifest wendet sich auch an die christlichen Arbeiter und fordert sie auf, einzuschlagen in die Hand, die die Kommunisten zum gemeinsamen Kampf reichten gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen alle Entlassungen, für die Verteidigung der Tarifforderungen, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, für das Kampfbündnis der Betriebsarbeiter mit den Gewerkschaften. Diesen gemeinsamen Kampf, der gleichzeitig ein Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus, ein Kampf für die Herrschaft der Arbeiterklasse, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik ist, diesen gemeinsamen Kampf gilt es jetzt eilig und geschloffen zu führen, wenn die Arbeiter neues, unglückliches Unheil und Elend abwenden, wenn sie ihre soziale und nationale Freiheit erringen wollen.

Dieses Kampfbündnis wollen die Kommunisten, und sie sagen es euch, christliche Arbeiter, ganz offen: Euer Bekenntnis zur Revolution kann euch nicht hindern, gemeinsam zu kämpfen für Arbeit, Brot und Freiheit. Fourniert euch mit den Kommunisten gemeinsam zum Kampfe in den Betrieben und an den Stempelstellen, erhebt eure Stimme in den Gewerkschaften gegen verräterische Politik eurer Führer und bekennet euch mutig zum proletarischen Ausweg aus Hunger und Not, zum Kommunismus.

Sport vom Sonntag

Grün-Weiß — Schwarz-Gelb 3:2

Am Punkt 10 Uhr piff der Schiedsrichter das Spiel Grün-Weiß I gegen Schwarz-Gelb I an. Gleich zu Anfang entwickelt sich ein flottes Spiel. Die mit dem Wind spielende Schwarz-Gelb-Mannschaft drückt mächtig und es kommt in den ersten drei Viertelstunden zu zwei Toren, die Schwarz-Gelb kurz hintereinander erzielt. Kurz vor Halbzeit erhält Grün-Weiß wegen Unfairness des Verteidigers einen Elfmeter zugesprochen, der verwandelt wird. Mit 2:1 geht es in die Halbzeit. Nach Halbzeit kann Grün-Weiß innerhalb von drei Minuten den Ausgleich erzielen. Beide Mannschaften kämpfen jetzt mit doppelter Energie um den Sieg und Grün-Weiß gelingt es eine Viertelstunde vor Schluß, das Führungstor zu erzielen, welches sie auch bis zum Schluß halten können.

Schwarz-Weiß I — Ost I 2:1

Auf der Weiskalener Wiese lieferten sich beide Mannschaften ein hartes aber faires Treffen. Schwarz-Weiß ist zu Beginn mächtig im Zuge, doch vereitelt die Hintermannschaft des Gegners alle Erfolge. Ost wird nun zusehends besser und bald gelingt ihnen, durch einen wegen Hand gegebenen Strafstoß das 1:0 zu erringen. Bis zur Pause offenes Spiel. Nach dieser zieht Ost einen kraftvollen 15-Minuten-Spurt an, um nach diesem mächtig abzulaufen. Die Kombinationsmaschine der Schwarz-Weißer ist nun wieder wie in alten Zeiten und Rechtsaußen gleicht bald aus. 8 Minuten vor Schluß stellt der Halbsinke den knappen aber verdienten Sieg sicher.

Die 2. Mannschaften trennten sich 2:1 für Ost. Dynamo III schlug Schwarz-Weiß 3:2. Fortuna-Schüler gegen Schwarz-Weiß Schüler 1:1.

Fanal-Weiß I — Rot-Weiß I 3:0

Bis zur Pause sind beide Mannschaften gleichwertig. Die Partie steht bis dahin 0:0. Nach Halbzeit drückt Weiß wie üblich, und bis Schluß wird obiges Resultat erzielt. Die zweiten Mannschaften trennten sich 4:0 für Weiß.

Fanal-Ost III — Kottwitz 4:0

Die Kottwitzer Genossen hatten zu ihrem ersten Spiel die dritte Ost-Mannschaft zu Gäste. Trotz eifrigsten Spiels unterlagen die Kottwitzer den routinierten Ost-Spielern, die bis zur Pause 1:0 geführt hatten.

Agitationsbezirk Waldenburg

Richtigstellung

Die vom Berichterstatter des Agitationsbezirks Waldenburg aufgestellten Behauptungen über das beschämende Benehmen des schlesischen Landesmeisters bei dem Sportfest des NSB. „Fichte“-Striegau erfahren hiermit eine gründliche Richtigstellung. Sterns erste Mannschaft war verpflichtet, das Abschlussspiel des Sportfestes zu absolvieren. Festgemacht war wie folgt, Auftreten zum Festzug in Gräben (Vokal Bierquelle) um 1 Uhr. Doch änderte sich die Sache dahin, daß der Festzug nicht von Gräben, sondern direkt von Striegau ausging. Was unseren meisten Genossen der ersten Mannschaft nicht bekannt war. Also es von vornherein nicht richtig klappte. Ein Teil der Genossen war bereits aus dem Sportplatz, der andere noch unterwegs. Also war es uns nicht möglich, die Mannschaft voll zur Stelle zu haben. Somit ist es nicht richtig, daß man einer Mannschaft wie „Stern“-Zirlau vormiße und schreibt, wir hätten uns geschämt, mit unseren Klassen Genossen zu marschieren. Vielmehr werden es alle bestätigen können, daß „Stern“-Zirlau in jeder Weise und an jedem Ort stets für die rote Sporteinheit demonstriert hat. Und sie auch in diesem Sinne ihrem Ziele treu bleiben werden.

Im Auftrage der ersten Mannschaft des NSB. „Stern“
gez. G. Jonaß. P. Jonaß.

Blau-Weiß-Freiburg — Stern-Zirlau 2:6 (1:2)

Auf dem Übungsfelde im Freiburger Stadion standen sich obige Vereine in den fälligen Kumpelspielen gegenüber. Leider fehlte der angelegte Schiedsrichter (Genosse Joppich, Königszelt) unentschuldig, so daß zwei Genossen von „Stern“ einspringen mußten. Der Schiedsrichter der 1. Mannschaften, Genosse Günther, hat schon bessere Leistungen gezeigt. Auch die gezeigten Mannschaftsleistungen konnten nicht befriedigen. Die Stern-Elf spielte die erste Halbzeit etwas laßig, während die Blau-Weißer auch die besten Sachen vertrieben und den Ersahhüter der Zirlauer nur einmal überwinden konnten. Nach Seitenwechsel drüden die Gäste auf Tempo und die Erfolge bleiben nicht aus. Ein Stern-Spieler schien es durch Herauslaufen für richtig zu finden, seine Mannschaft um einen Spieler zu schwächen. Beim Stande von 5:1 verschuldete Sterns rechter Läufer einen Elf-

lauer stellt das Resultat auf 6:2 und damit den Sieg sicher. — Das vorausgegangene Spiel der zweiten Mannschaften sah Stern II mit einem 9:0-Sieg in Front.

Fußballergebnisse vom 25. September beim Sportfest in Striegau

Zauer III — Zirlau Komb. 2:0. Hansdorf II — Siegnitz II 0:1. Freiburg I — Siegnitz I 1:1. Freiburg II — Hansdorf I 1:2. Sandberg I — Salzbrunn I 4:2. Sandberg II — Salzbrunn II 3:2. Zirlau II — Braunan II 2:0. Striegau Jgd. — Braunan Jgd. 1:1. Striegau II — Goldberg I 0:1. Striegau I — Sandberg I 2:4. Zauer I — Wistegiersdorf I 1:1. Zirlau I — Braunan I 8:1.

Diese Spiele wurden alle im Sinne der roten Sporteinheit durchgeführt. Das gesamte Sportfest war ein voller Erfolg für die Sporteinheit. Teilnehmerzahl 350 bis 400. Alle Vereine waren am Festzug beteiligt. Nur Zirlau glänzte mit Abwesenheit.

Vielen Dank den Quartiergebern und den Geschäftsleuten, welche an dem Gelingen des Festes beigetragen haben.

Sieger des Viertampfes

1. Richard Heinrich (Fichte-Striegau) 232 Punkte, 2. Alfred Kretschmer (Fichte-Striegau) 229 Punkte, 3. Erich Tomas (Fichte-Striegau) 220 Punkte, 4. Richard Dorn (Fichte-Striegau) 205 Punkte, 5. Oskar Heinrich (Fichte-Striegau) 194 Punkte, 6. Otto Rohner (Fichte-Striegau) 185 Punkte, 7. Heinrich Vortel (Fichte-Striegau) 112 Punkte, 8. Harry Wörbs (Fichte-Striegau) 87 Punkte. Jugend: 1. Alfred Speer (Fichte-Striegau) 116 Punkte, 2. Alfred Veynert (Fichte-Striegau) 142 Punkte. Tausendmeterlauf: 1. Harry Wörbs (Fichte-Striegau) 3,13 Min., 2. Otto Rohner (Fichte-Striegau) 3,23 Minuten. Jugend: 1. Alfred Speer (Fichte-Striegau) 3,30 Minuten.

Solidaritätsspiel zugunsten der streikenden Metallarbeiter von „Bundestreu“ abgelehnt

Görlitz. Der Verein „Freie Sportfreunde“, Mitglied der KSt., hatte die Fußballmannschaft des Vereins für Leibesübungen (Bundestreu) schriftlich aufgefordert, ein Solidaritätsspiel anzutragen. Sämtliche Einnahmen sollten der Streikleitung überwiesen werden. Jeder vernünftig denkende Mensch wird nun der Ansicht sein, daß einer solchen Gelegenheit kein Arbeiter ausweichen, sondern mitmachen würde, um dem Unternehmertum eine feste Geschlossenheit zu zeigen. Aber weit gefehlt. Die Leitung läßt den roten Sportlern folgende Antwort zukommen:

Freie Sportfreunde Görlitz.

Auf eure Anfrage vom 24. September 1932 teilen wir euch mit, daß ein Spiel unserer Mannschaften mit der Euren für uns nicht in Frage kommt.

Unserer Ansicht nach ist schon die Gründung roter Sportvereinigungen kein Zeichen der Geschlossenheit der sporttreibenden Arbeiterschaft.

Mit „Frei Heil!“

Verein für Leibesübungen.

J. A. Erich Neumann, Sillentalstraße 61.

Diese Antwort ist ein Dokument größter Demagogie der reformistischen Sportleitung. Herr Neumann, warum sind die roten Sportvereine gegründet worden? Weil eure Oberbunzen Gellert u. Co. keine gefundene Opposition innerhalb des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vertreiben. Weil es ehrliebe Arbeiter nicht mit ansehen konnten, daß ihre Sportvereine vollständig verbürgerlicht wurden. Euch ist es angenehmer, mit bürgerlichen Sportvereinen Spiele anzutragen, als mit revolutionären Arbeitern. Gellert u. Co. haben ganze Kreise und Bezirke ausgeschloffen, nur weil sie den bürgerlichen und faschistischen Kurs nicht mitmachen. Und jetzt kommt ihr vom VfL und sagt, wir wären Spalter? Nein, Herr Neumann, es wäre zu einer wirklich großen Demonstration gegen das Unternehmertum gekommen. Aber wir glauben euch gern daß es bei eurer Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern nicht angängig ist, öffentlich gegen sie aufzutreten. Wir sehen nun klar, ihr spielt lieber mit Reichsbanner-Sportvereinen, dort, wo Demokraten und Zentrumskleute sind, als mit der klassenbewussten Arbeiterschaft. Ihr seid in den Augen der Görlitzer Arbeiterschaft gerichtet. Aber eine Frage noch: Habt ihr vor Abänderung eurer Haltung? Oder werdet ihr weiter so weitermachen? Wir werden euch das mitteilen.

nein! Denn einige Genossen sind jederzeit bereit, mit uns Spiele anzutragen. Die rote Sportbewegung wird trotzdem im Zeichen der antifaschistischen Aktion vorwärts stoßen. Die Bewegung in ihrem Lauf hält weder Gellert noch Neumann an!

Internationales Fußballspiel

Reichenberg — Görlitz

Am Sonntag trafen sich auf dem Görlitzer Friedrichsplatz oben genannte Mannschaften zu einem Freundschaftsspiel. Gleich nach Anstoß setzte ein lebhaftes Spiel ein, und es zeigte sich, daß die Gäste technisch weit überlegen waren. Die Görlitzer begannen sehr schnell und spielten in einer noch nie gesehenen Form. Es war nun natürlich möglich, daß man ein Spiel in Hochform zu sehen bekam. Das Spiel endete 2:1 für Görlitz.

Vorher spielten die zweiten Mannschaften beider Vereine, hier waren die Tschechen weit überlegen, technisch wie auch in Schußsicherheit. Die Gäste gewannen 5:0.

Dänische Fußballmannschaft in Norddeutschland

Die bei der nordischen Spartatage aufgenommene Verbindung deutscher Sportler mit den dänischen Genossen hat dazu geführt, daß eine Kopenhagener Fußballabteilung eine Tournee durch Norddeutschland unternimmt. Die Kopenhagener Mannschaft trug ihr erstes Spiel in Lübeck aus und zeigte die Mannschaft gutes Eingekommen. Doch ist das notwendige Zusammenwiewel noch nicht so entwickelt. Die Mannschaft wird ihr nächstes Spiel in Hamburg austragen.

Es lebe die internationale Solidarität

Im ganzen Ruhrgebiet fanden große Solidaritätsaktionen für die streikenden belgischen Bergarbeiter statt. In diesen Spielen waren neben den roten Sportlern auch die werktätigen Sportler aus allen anderen Organisationen aktiv beteiligt. Unter anderem spielte Rot Sport Langendreer gegen Sportfreunde Bochum, die Mitglieder des freien deutschen Turnerbundes sind. Lebhafteste Diskussionen während und nach dem Spiel mit den bürgerlichen Sportern fanden im Zeichen der antifaschistischen Sporteinheitsfront.

Schach

Verarbeitet von der „Roten Schachpartie“ Breslau. Alle Anfragen sind zu richten an A. Lehmann, Weiskalstraße 6, bei Zeitz.

Eröffnung: Zuhertort-Neti-System.

Gespielt am 6. Oktober 1930 in Breslau.

Weiß: A. Lehmann. Schwarz: R. Rittner.

1. Sg1-f3, Sg8-f6. — Schwarz versucht seinerseits die Gegeninitiative zu ergreifen. 2. e2-e4, g7-g6. 3. g2-g3, Lf8-g7. 4. d2-d4! — besser als d2-d3; Weiß geht eigene Wege und bindet sich nicht ans System 0-0. 5. Sh1-d2, Sh8-d7. 6. b2-b3, e7-e5. 7. Le1-b2, Tf8-e8. 8. 0-0, h7-h6 — zur Verhinderung des Zuges Sf3-g5, um eventuell den Bauern e5-e4 vorzustoßen. 9. Dd1-e2, e5x4. 10. Ta1-e1, e7-e5. 11. e2-e3, d4x3? — Weiß erlangt durch f2x3 ein freieres Spiel mit starkem Angriff. 12. f2x3, Sd7-f8 — um den e-Läufer frei zu bekommen. 13. Sf3-h4! Sf8-h7? — ein schlechter Zug; hier mußte die Dame nach e- oder e7 spielen mit Befreiung des Läufers e8. 14. Sh4xg6 — eine hochinteressante Opferkombination, die zwar dem Weißen nicht gleich den Sieg bringt, aber ihm einen kleinen Vorteil sichert — Sf6-g4 — Schwarz nimmt das Opfer nicht an, sondern versucht gleichfalls auf Gegenangriff zu spielen. 15. Lg2-d5! — Ausgezeichnet! Schwarz muß mit Le8-e6 parieren, da sonst Ld5xf7 matt folgt — Le8-e6. 16. Sg6-f4, Le6xd5. 17. Sf4xd5, Lg7xb2. 18. Tf1xf7! — wieder ein prachtvolles Opfer, das bei der Annahme zu folgendem Schluß führt. 18. Kg8xf7. 19. De2xSh7+, Kf7-e6. 20. Te1-f1, folgt nun Te8-f8 so 21. Sd5-e7+, Ke6-e5. 22. Dh7-e4 matt; — folgt aber anstatt 20. . . . Te8-f8 der Zsg Sg4-f6, so ist die Fortsetzung 21. Sd5-e7+, Ke6-e5. 22. Dh7-f5 matt; dasselbe Matz folgt, wenn König oder Läufer zieht; die Parade mit der Dame 20. . . . auf g5 wird ebenfalls mit Sd5-e7+ fortgesetzt. Ke6-e5 und Sd2-f3 ½ mit Damegewinn und Verlust der Partie. — 18. — Lb2-g7. 19. De2-g6, Dd8-g5. 20. Tf7xg7+ mit undeckbarem matt. Ein bemerkenswerter Erfolg des praktischen Schachs.

Die „Rote Schachpartie“; die jeden Montag 20 Uhr bei Gerdhan, Bergmannstraße 12, ihren Spielabend hat, beginnt mit dem Vereinsturnier. Alle sind herzlich willkommen.

Der Triumph der Sowjet-Friedenspolitik

Die von der Sowjetunion seit ihrem Bestehen mit eiserner Konsequenz verfolgte Friedenspolitik hat in den letzten Wochen und Monaten zu großen bedeutsamen Erfolgen geführt. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als gerade in diesem Augenblick die Außenpolitik des deutschen Imperialismus so katastrophale Niederlagen erlitten hat.



Genosse Litwinow, der Volkskommissar des Auswärtigen der UdSSR.

Der Sowjetregierung ist es nicht nur gelungen, den Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen, sie hat vor einigen Tagen ein Erdölabkommen mit Japan abgeschlossen, nach welchem sich Japan verpflichtet, 200.000 Tonnen sowjetrussisches Erdöl abzunehmen. Darüber hinaus aber sieht sich auch der französische Imperialismus unter dem Druck der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und der zunehmenden Sympathien der werktätigen Massen zum Lande des sozialistischen Aufbaus gezwungen, der Frage des Abschlusses eines sowjetrussisch-französischen Nichtangriffspaktes erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Auch Rumänien, das sich bislang am hartnäckigsten den Friedensbestrebungen der Sowjetunion widersetzt hat, erklärte sich in den letzten Tagen mit einer Wiedereröffnung der Nichtangriffspakt-Verhandlungen einverstanden, und in allen Ländern der Erde, einschließlich der Vereinigten Staaten, werden die Stimmen immer lauter, die darauf drängen, sich doch nicht von den anderen Konkurrenten die wirtschaftlichen Vorteile freundschaftlicher Beziehungen mit der Sowjetunion vor der Nase wegschnappen zu lassen.

Was bedeuten diese sichtbaren Erfolge der sowjetrussischen Friedenspolitik in der letzten Zeit? Besonders die Sozialdemokratie versucht in infamer Art und Weise, den Gedanken zu verbreiten, als seien die Abschlüsse von Nichtangriffspakten der Beweis dafür, daß die imperialistischen Mächte nicht zum Kriege gegen die Sowjetunion rüsteten. Es ist ganz klar, zu welchem Zweck die internationale Sozialdemokratie diese Gedanken zu verbreiten versucht. Sie will auf diese Weise die Wachsamkeit des Proletariats gegenüber den imperialistischen Kriegstreibern einflößen.

Die Vergangenheit hat zur Genüge gelehrt, daß internationale Abmachungen von den imperialistischen Räubern in jedem Augenblick zerstückt werden, wenn sie das für ihre Interessen erforderlich halten. Wir erinnern nur an die tatsächliche Zerreißung des Washingtoner Neunmächteabkommens durch Japan. Es ist wahrlich keine Freundschaft zu der Sowjetunion, die die kapitalistischen Länder zum Abschluß der Nichtangriffspakte und sonstigen Verträgen mit der Sowjetunion veranlaßt.

Die Gründe dazu liegen wo anders. Der gewaltige Erfolg des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion beim gleichzeitigen katastrophalen Niedergang der Wirtschaft in allen kapitalistischen Ländern stellt die Bourgeoisie vor zwingende Tatsachen. Der Sieg des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, der Sieg des Fünfjahresplanes, das sind die Grundlagen der ungeheuren Erfolge der sowjetrussischen Friedenspolitik. Es genügt, einige Beispiele anzuführen, um diese Tatsachen klar zu erkennen.

In welcher Lage befand sich der polnische Kapitalismus, als er mit einem trodenen und einem nassen Auge zur Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes schritt? Der Zustand der polnischen Wirtschaft war und ist katastrophal. Der Außenhandel ging von Monat zu Monat mehr zurück. Und die letzten Wirtschaftsberichte melden einen völligen Niedergang der polnischen Rohstoffausfuhr. Gewaltige Kämpfe der Arbeiter und Bauern erschütterten die Funda-

Japanische Arbeiter vom Hente bedroht

Ein Solidaritätsaufruf der Kommunistischen Partei Japans an das Weltproletariat

Die „Humanité“, unser französisches Bruderorgan, veröffentlicht einen Aufruf der K.P. Japans, der dem bekannten Schriftsteller Roman Rolland zugesandt wurde. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Genossen, Arbeiter, Bauern, Angestellte, Proletariat der ganzen Welt!

Am 5. Juli hat der Staatsanwalt vor dem Obersten Gericht des Mikado (der nichts anderes als eine Strohpuppe in den Händen des Militärfaschismus ist) für 191 Genossen äußerst schwere Strafen gefordert: Todesstrafen, lebenslängliche Zwangsarbeit und Gefängnisstrafen. Insgesamt sollen unsere Genossen zu tausend Jahren Freiheitsstrafen verurteilt werden!

Diese 191 Gefangenen bilden aber nur einen Teil der Opfer des weißen Terrors in Japan. Seit einigen Jahren — seit den Massenverhaftungen, die 1928 begannen, sind Zehntausende Kommunisten ins Gefängnis geworfen worden. Diese 191 Genossen sind die Avantgarde des Kommunismus in Japan. Sie haben mutig die bürgerliche Regierung bekämpft und die Sache der Arbeiter, Bauern und Angestellten Japans verteidigt.

Zwanzig gefangene Genossen sind schon infolge der ausgestandenen Martern und der schlechten Nahrung gestorben, und dies nach einer mehrjährigen Einkerkierung, während der die

gerichtliche Untersuchung nicht einmal begonnen wurde. Sechs Genossen sind irrtümlich geworden. Andere wieder sind an den Folgen der erlittenen Foltern schwer erkrankt.

Trotz alledem haben unsere Genossen mit ungebrogendem Mut vor dem Obersten Gerichtshof gekämpft. Sie haben sich als wirkliche Kommunisten benommen. Ihr bewunderungswürdiger Kampf hat das Bewußtsein der ausgebeuteten Arbeiter, Bauern und Angestellten tief aufgewühlt, aber auch den Haß der imperialistischen Regierung herausgefordert.

Wir fordern die Freilassung der 191 japanischen Kommunisten, von denen etliche zum Tode verurteilt und die anderen zu insgesamt tausend Jahren lebenslänglichen Zwangsarbeiten und Gefängnisstrafen verurteilt sind.

Wir erheben Protest gegen den weißen Terror!
Wir erklären vor der ganzen Welt,
daß wie die Sowjetrevolution in China verteidigen,
daß wir uns mit aller Kraft der japanischen Kolonialisierung in der Mandchurei widersetzen!
Wir fordern die sofortige Zurückziehung der japanischen Land- und Seetruppen aus China!
Wir erklären, daß wir Todfeinde des imperialistischen Krieges sind!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Japans.

Zuspitzung Japan-U.S.A.

Verhaftung amerikanischer Bürger in Japan — Schwere Kämpfe in der Mandchurei — Große japanische Truppenbewegungen nach Mandchuria, 4 Kilometer vor der Sowjetgrenze

Tokio, 30. September. Im Fernen Osten ist eine außerordentliche Zuspitzung der amerikanisch-japanischen Gegensätze zu verzeichnen. Die japanische Zeitung „Kokumin“ berichtet, daß die japanische Gendarmrie mehrere amerikanische Bürger verhaftet hat, die angeblich Spionage zugunsten der Vereinigten Staaten in Japan getrieben haben. Wie verlautet, hat der amerikanische Botschafter bereits gegen diese Verhaftungen schärfsten Protest erhoben.

Inzwischen tobt in der Mandchurei der Krieg der nationalrevolutionären aufständischen Chinesen gegen den japanischen Imperialismus und seine mandchurischen Lakaien in aller Schärfe weiter. Die Aufständischen haben nunmehr das ganze Gebiet zwischen Mandchuria und Sialar besetzt. Alle Zollstellen, Post und Telegraphenämter sind in den Händen der Aufständischen, nachdem heftige Straßenkämpfe mit den Regierungstruppen stattgefunden hatten.

Der japanische Generalstab hat daraufhin angeordnet, daß mehrere Divisionen japanischer Gruppen nach Mandchuria geschickt werden. Dieser Beschluß ist umso bedrohlicher, als Mandchuria nur vier Kilometer von der sowjetrussischen Grenze entfernt ist.

Am 10. Oktober Inbetriebsetzung von Dnjeprostroj

Moskau, 1. Oktober. Am 10. Oktober findet die feierliche Inbetriebsetzung des riesigen Kraftwerkes Dnjeprostroj statt. Diese Inbetriebsetzung ist ein gewaltiges Weltereignis, das den Erfolg des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion widerspiegelt. Das gesamte Sowjetproletariat feiert diesen Tag als einen Siegestag an der sozialistischen Aufbaufront. Mit dem Sowjetproletariat feiern alle Werktätigen der Welt dieses große historische Ereignis.

Vor einer Militärdiktatur in Ungarn

Wien, 30. September. Der Reichsverweser Horthy hat den bisherigen Heeresminister General Gömbös mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Der Militärchef soll also das verwalten, was die faschistische Regierung Karolyi nicht vermocht hat, dem ungarischen Kapitalismus auf Kosten der werktätigen Massen in Stadt und Land einen Ausweg aus der Krise zu bahnen. Der Galgen und der Honvedsäbel sind die Wahrzeichen dieser neuen faschistischen Militärregierung.

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4). Uebersetzt von Olga Halpern.

Die Arbeit. Wanja war schwierig und bitter, kein einzeler konnte sie schaffen. Nekrassow.

Von Minnussarj bis Krasnojarsk

Unter Glöckengeläute und vom Gesang des Kutischer begleitet kehrte ich Ende März 1901 in einem von zwei sibirischen Pferden gezogenen Bauernschlitten aus der Verbannung zurück. Ich war sehr ungeduldig. Es war schon ziemlich warm, die Bauern unterwegs erzählten, daß das Eis auf den Flüssen Jenissej und Tschum sich schon lockerte und die Ueberquerung dieser Flüsse gefährlich sei.

„Am Ende wird mich allein die Ueberquerung der Flüsse eine ganze Woche oder noch länger aufhalten“, dachte ich. Dann ging ein noch beunruhigenderer Gedanke durch meinen Kopf:

„Was geschieht, wenn das Polizeidepartement einen Befehl herausgibt, mich von unterwegs nach Tschj oder in ein anderes sibirisches Nest zurückzuführen? Dann ist alles verloren. Ich werde meine lieben Genossen Kurnatowski und Lengni nicht mehr in Rußland treffen, am revolutionären Kampf der Arbeiter nicht teilnehmen, nicht einmal Rußland wiedersehen und dazu verurteilt sein, ein klägliches Dasein in Sibirien zu führen.“

Bei diesem Gedanken lief es mir eiskalt über den Rücken. Alle meine Hoffnungen, alle meine Träume, alle meine Wünsche waren nur auf das eine konzentriert: Sibirien sofort nach Beendigung meiner Verbannung zu verlassen — und plötzlich... Der Traum meiner drei letzten Jahre konnte in einer Sekunde durch die Laune irgendeines Beamten zerstört werden wie ein Kartenhaus.

Ich hatte den Wunsch, nicht nur tagsüber, sondern auch in der Nacht mit dem Kommissar zu schlafen. Ich war sehr ungeduldig.

zu mir selbst unter dem Eindruck meiner Gedanken. „Kutischer! Treib die Pferde an! Jagt wie ein Pfeil dahin, ihr kräftigen, sibirischen Pferde! Klingelt lauter, ihr Glöckchen! Rascher! Rascher! Daß sich eine Schneestaubwolke hinter uns erhebe! Daß die Hupe der Pferde nur so blühen! Daß die Wädhnen der Pferde im Wind flattern! Rascher! Nur rascher!“

Deshalb war ich auch sehr mühselig, wenn mir die Kutischer abends, nachdem wir irgendein kleines Dörflein erreicht hatten, immer wieder erklärten, daß man dort übernachten müsse.

„Ich fährt nicht weiter“, sagte gewöhnlich der Kutischer, der mich bis zu einem Dorf geführt hatte. „Auch die Dorfbewohner werden dich in der Nacht nicht weiter fahren.“

„Bleib nur hier, übernachtet bei uns, morgen fahren wir noch vor Sonnenaufgang weiter“, sagte dann der Kutischer des betreffenden Dorfes.

In der Frühe, es dämmerte kaum, wurden die Pferde eingespannt und ich setzte meine Reise fort. — Automobilfahrten sind schön, aber sie haben nicht jene Vorzüge, die Wagenfahrten Liebhabern der Natur Schönheiten bieten. Das Automobil rast schnell dahin, den Raum besiegend, aber das Auge ist nicht imstande, alles zu sehen, die schönen Landschaften prägen sich nicht dem Gedächtnis ein, alles verschmilzt in eine graue, unpersonliche Linie einer formlosen Ferne. Ganz anders ist die Wagenfahrt! — Wir fuhren durch Felder, Wälder, durch Wiesen, durch die Taja, zwischen kleinen Bergen hindurch. Ich lauschte dem Klang der Glöcklein, ließ mein Gesicht vom Wind peitschen, betrachtete aufmerksam die Bergumrisse, die Taja, die Wiesen, blickte in die in bläulichen Dunst gehüllte Ferne, überwältigt von der Mächtigkeit der Natur. Dabei machte ich die Bilanz meiner Vergangenheit, die Bilanz des Erlebten und Durchdachten. Ich versuchte mir auch meine Zukunft vorzustellen, die mich in Rußland erwartete.

Ich schloß mich der revolutionären Bewegung am Höhepunkt des Kampfes des Marxismus mit der Theorie der Narodniki an. Der Marxismus stellte die Lehre der Narodniki über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte die organisierte Massenbewegung der Arbeiter gegenüber. Dadurch verminderte sich die Bedeutung der Rolle der Parteiführer und ihr positiver oder negativer Einfluß auf die Arbeiterbewegung.

Dieser Umstand und die damalige vollkommene Unmöglichkeit voranzugehen, daß aus Genossen Lenin sich ein Führer nicht nur der russischen, sondern auch der Weltrevolution entwickeln werde,

brachten es dazu, daß viele seiner Zeitgenossen sich zu ihm und seinen Werken nicht mit jener Aufmerksamkeit verhielten, wie sie es verdienten. Zum Beispiel erinnerte ich mich, Sibirien verlassend, an die Resolution Lenins gegen das „Crebo“ der Kuslowa, für die ich nur in allgemeinen Zügen stimmte. Die Grundthesen seiner Lehre, den Gedanken über die Arbeiterklasse als Führerin der Revolution, über die Notwendigkeit ihrer Machtergreifung zur Durchführung der sozialistischen Revolution, über die werktätigen Bauernmassen als unmittelbaren Kampfverbündeten, über die Verbindung des ökonomischen Kampfes des Proletariats mit dem politischen im Klassenkampf, über die Rolle der Gewerkschaften, mit dem Hinweis, daß sie sich nicht enge Ziele setzen dürfen, sondern die Befreiung von Millionen anstreben müssen, — dies alles hab ich weder durchdacht noch verstanden, auch nicht so klar und deutlich mir angeeignet, wie es für einen Schüler des Genossen Lenin notwendig gewesen wäre.

Das erklärt sich auch dadurch, daß im Jahre 1901 fast alle von mir angeführten Fragen, eher rein theoretische Bedeutung hatten, nur angedeutet waren und in ihrer ganzen Schärfe noch nicht vor uns standen.

Die Rolle des Genossen Lenin selbst, nicht nur als eines vorzüglichen Theoretikers, sondern auch als Steuermann der russischen Revolution, der sich wie niemand die Kunst angeeignet hat, in den elementaren Prozedur des Klassenbewußtseins hineinzubringen, der den revolutionären Marxismus im Leben, in der revolutionären Massenbewegung der Arbeiterklasse anzuwenden verstand, der die Arbeiterklasse durch Schwierigkeiten, die unüberwindlich erschienen, zum Siege geführt hat — diese Rolle war mir, ebenso wie einer großen Anzahl unserer Genossen zu jener Zeit noch nicht klar.

Als ich Atschinsk endlich erreichte und den Bahnhof betrat, erfuhr ich zu meinem größten Verger von einem Lastzugschaffner, daß der Personenzug nach Krasnojarsk vor fünf Minuten abgegangen sei und der nächste erst in vierundzwanzig Stunden abfahren werde.

„Wie ärgerlich, ich rechnete damit, noch heute in Krasnojarsk zu sein“, sagte ich dem Schaffner.

„Sie können mit uns im Güterzug fahren. Das ist recht angenehm... Sie brauchen keine Fahrkarte lösen und sich nicht vor der Kasse anstellen. Es ist billiger, und Sie erreichen heute noch Krasnojarsk.“

(Fortsetzung folgt)

Die „Winterhilfe“ — ein Mittel der Sozialreaktion

Von Martha Arendsee

Die Winterhilfe des Bürgertums ist wieder wie im Vorjahre unter Bräutigam mit einem Anruf der „Liga der Freien Wohlfahrtsvereine“ eingeleitet, dem sich die Reichsregierung angeschlossen hat. Papen, der gegen den „Wohlfahrtsstaat“ in seiner Antrittsrede wetterte, wendet sich an alle mit der Bitte, aus „menschlicher Nächstenpflicht“ das „Liebeswerk der Winterhilfe“ zu unterstützen.

Innere Mission, Caritas, Rotes Kreuz, Jüdischer Wohlfahrtsverband u. a. werden gemeinsam mit der „Arbeiterwohlfahrt“, in „Wohltätigkeit machen“. Der ganze Staatsapparat: Reichswehr, Polizei, Reichsbahn steht zur Verfügung. Teno, Stahlhelm, Königl.-Luitpold-Bund leisten ebenfalls Hilfe bei den Sammlungen.

Was ist der politische Hintergrund der Aktion?

Das Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung schließt in sich weitere Massenbelastungen, Steuererhöhungen und Liebesgaben an die Großgrundbesitzer und Industriellen. Die trasse Klassenpolitik zugunsten der Besitzenden trägt dazu bei, daß das Klassenbewußtsein der Massen auch in den Kreisen geweckt wird, die bisher unter dem Einfluß der Reformisten und Faschisten, der Ideologie der Volksgemeinschaft unterlagen. Die Einheitsfront auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes wächst. In diese Stimmung des zugespitzten Klassenkampfes hinein soll die Propaganda der „Volksgemeinschaft“ versöhnend wirken. Weiter soll die Winterhilfe „freiwillige Opfer“ mobilisieren bei dem Mittelstand, bei den Betriebsarbeitern, da bei weiteren zwangsweisen Abgaben sich die Erregung noch mehr steigern würde. Wie im Vorjahre werden die Unternehmer versuchen, die Angestellten und Arbeiter zu veranlassen, „freiwillig“ für die Winterhilfe zu spenden. Die Damen der Winterhilfe werden die Kleingewerbetreibenden zu Lebensmittelspenden für die Erwerbslosen auffordern. Stahlhelm und Teno werden auf die Dörfer ziehen, um die Bauern zu veranlassen, Lebensmittel herzugeben. Auf diese Weise hofft das Bürgertum, den Ansturm der hungernden Massen eindämmen zu können.

Bei den Erwerbslosen und ihren Familien soll durch die Abgabe von Ernährungsgegenständen, Kleidungsgegenständen aus den Händen der kirchlichen Verbände das Gefühl der Dankbarkeit er-

zeugt werden und damit das Bewußtsein des Anspruchs auf öffentliche Unterstützung untergraben werden. Die Kirche selbst, ebenso wie die Sozialdemokratie hoffen dabei ihre Geschäfte zu machen. Wissen wir doch aus dem Vorjahre, daß die Innere Mission nur Spenden gibt an die, die der evangelischen Kirche angehören, ebenso die Caritas an die katholische Kirche. Die Arbeiterwohlfahrt wiederum fragt nach der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei.

Die Winterhilfe bedeutet aber auch einen weiteren Schritt in der Richtung, die öffentliche Fürsorge abzubauen und der privaten Wohlfahrt stärkeren Einfluß zu sichern. Das Unternehmertum im Bunde mit den Nationalsozialisten verlangt seit langem als „Sparmaßnahme“ die Aufgabe der öffentlichen Fürsorge an die private Wohlfahrt abzugeben. Die Winterhilfeaktion dient dazu, die Bevölkerung vertraut zu machen, daß sie sich in ihrer Notlage nicht an die öffentlichen Körperschaften, sondern an die private Wohltätigkeit wendet. Der ganze Apparat der Winterhilfe ist deshalb bereits der Organisation der öffentlichen Wohlfahrt anvertraut. Die Winterhilfe, die angeblich im Interesse der not-

leidenden, hungernden Massen arbeitet, ist somit nichts weiter als ein Mittel des sozialen Abbaus, der Sozialreaktion. Sie ist ein Instrument, das sich gegen die Interessen der Werktätigen richtet.

Die Solidaritätsaktion der Arbeiterschaft dient nur dem einen Zweck: den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau zu unterstützen, zu verhindern, daß die in der vordersten Reihe kämpfenden durch den Hunger zermürbt werden. Der Aufruf der KGD, IAG und des Reichsausschusses der Erwerbslosen zur Bildung von Solidaritätsausschüssen, zur Einleitung von Solidaritätsaktionen, wendet sich an alle Arbeiter und Angestellten, Kleingewerbetreibenden und Bauern.

Keinen Pfennig der Winterhilfe, alles für die Solidaritätsaktion des kämpfenden Proletariats!

Der Arbeiter im Betrieb, der Erwerbslose an der Stempelstelle, die Mutter, die für ihre Kinder kämpft, sie alle sollen das Bewußtsein haben: die Solidarität des Klassenbewußten Proletariats steht hinter uns.

Gewerkschaftspakt mit Papen?

Die wachsende Streikwelle hat auf Seiten der Regierung und der Unternehmer größte Bestürzung hervorgerufen. Man ist sich durchaus darüber klar, daß eine weitere Verstärkung des aktiven Widerstandes gegen den Lohnabbau das ganze Papen-Programm zum Scheitern bringen muß. Jetzt gerufen sie sich die Köpfe, wie der Widerstand der Arbeiter gebrochen und ein weiteres Anwachsen der Streikbewegung verhindert werden kann. Während ein Teil der Unternehmer kategorisch ein solches und generelles Streikverbot verlangt, will sich die Regierung vorher die Mühseligkeit der Gewerkschaftsführer sichern. Durch die bürgerliche Presse geht die alarmierende Meldung, daß zu diesem Zweck bereits Geheimverhandlungen mit den Gewerkschaftsführern stattgefunden

haben. Nach diesen Meldungen erklärten die Vertreter des IAG, und der christlichen Gewerkschaften der Regierung übereinstimmend, daß sie jeden großen Streit nicht nur ablehnen, sondern mit allen Mitteln bekämpfen würden.

Daß diese ungeheuerliche Zustimmung wirklich gegeben wurde, geht ganz klar aus einer amtlichen Verlautbarung der Reichsregierung hervor, in der es wörtlich heißt:

„Die Behauptung in einem Teil der Presse, daß die Gewerkschaften aller Richtungen die Streiks für berechtigt halten, hat sich als unrichtig erwiesen. Es ist anzunehmen, daß der gewalttätige Widerstand gegen Grund und Zweck der Notverordnung an dem Verbotswilligen der Betriebe und ihrer Belegschaften scheitern wird. Jedenfalls steht die Reichsregierung nach wie vor auf dem schon mitgeteilten Standpunkt, daß in der Anwendung der Verordnung durch den Arbeitgeber eine Verletzung des Arbeitsvertrags noch des Tarifvertrags gefunden werden kann und daß etwaige gewalttätige Gegenmaßnahmen einer Tarifpartei deshalb eine Verletzung der tariflichen Friedenspflicht darstellt.“

Nach bürgerlichen Presseberichten werden die Geheimverhandlungen noch fortgesetzt, wobei die Gewerkschaftsführer nicht etwa die Zurücknahme der Lohnabbaumaßnahmen, sondern lediglich bestimmte abmildernde Änderungen der Notverordnung verlangen. In dieser Linie liegt auch ein Artikel Tarnows im „Vorwärts“, der zwar mit der Ueberschrift „Pflicht zum Widerstand“ versehen ist, aber mit keiner Silbe erwähnt, wie dieser Widerstand ausleben soll. Dafür gibt Tarnow der Papen-Regierung gute Ratschläge und appelliert an ihre „hohen kirchlichen Pflichten“. Da drückt sich Siegfried Aufhäuser im „Hamburger Echo“ schon deutlicher aus. Er schreibt Klipp und Klar, daß die rechtlichen und verfassungsmäßig zulässigen Mittel, der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau die Arbeitsgerichte und der Volksentscheid seien. Das ist eine Ermunterung an die Papen-Regierung, ein Streikverbot zu erlassen.

Schlagt Alarm in allen Gewerkschaften! Macht alle Pläne aufzuheben, die da hinter eurem Rücken in den Geheimverhandlungen gesponnen werden. Nicht der Stimmgabel, nicht das Arbeitsgericht, nur eure Massenkraft schlägt die Unternehmerröhrchen zurück.

SPD.-Funktionäre meutern!

„Die SPD. war immer gegen die Arbeiter“

In der Bezirksfunktionärerversammlung des 5. Kreises der Berliner SPD. (am 13. September 1932) erhob sich nach einem Referat von Künstler ein Sturm der Empörung unter den SPD.-Funktionären. Der Leiter der 85. Abteilung Wendisch wandte sich scharf gegen die Verratspolitik vom 20. Juli:

„Die Selbstkenntnis, daß in der Leitung schwere Fehler gemacht wurden, kommt zu spät. Wir haben 2 Millionen Wähler verloren. Das ist die Folge von 13 Jahren falscher Politik.“

Der Leiter der 85. Abteilung Schwarz verlangte den Rücktritt Künstlers:

„Durch den Verrat vom 20. Juli ist die Bewegung um 20 Jahre zurückgeschlagen. Künstler ist nicht der Mann, den wir brauchen für Berlin-Brandenburg. Er muß seiner Funktion enthoben werden.“

Der stellvertretende Kreisleiter Fucalka wandte sich gleichfalls sehr scharf gegen Künstler und die Parteipolitik. Die Verantwortung für den 20. Juli tragen die Führer der SPD.:

„Was hat der 20. Juli offenbart? Wir sprachen von unserer Staat. Aber das ist ja gar nicht unser Staat! Wir hatten nur Ministerposten und dergleichen besetzt, aber nicht die wirkliche Macht. Die Partei war immer gegen die Arbeiter und nie gegen die Unternehmer.“

Jawohl, die Sozialdemokratische Partei war immer gegen die Arbeiter: seit 1914 bis heute, sie war nie gegen die Unternehmer, sondern hat dem Kapitalismus die Macht 1918 zurückgegeben und ihn seitdem gegen die Arbeiter geschützt. Sie hat Hindenburg gewählt, Brüning toleriert und Papen den Weg bereitet. Darum gilt es heute die Bilanz zu ziehen aus 18 Jahren arbeiterspezifischer SPD.-Politik!

Nur in der roten Einheitsfront können die sozialdemokratischen Arbeiter für ihre Lebensinteressen kämpfen!

Zeichen des Kinderelends in Deutschland

Rüffel auf in der Internationalen Kinderwoche zum Kampfe gegen diese Zustände!

In Weiskensfeld gingen Frauen mit ihren Kindern auf das Wohlfahrtsamt und forderten Unterstützung, um ihren Kindern Essen kaufen zu können. Polizei wurde geholt. Als die Frauen nichts erhielten, gingen sie in das nächste Warenhaus und bestellten dort unter den Augen der Polizei um Essen für ihre Kinder.

In Groß-Wirschleben schlug ein Gutsbesitzer zwei Jungen, die sich zwei Maiskolben (jedenfalls weil sie nichts zu essen hatten) abgedroschen hatten, derart mit der Reizpeitsche, daß einer von ihnen sich nicht mehr sehen konnte, weil der mit blutunterlaufenen Striemen bedeckte Körper schmerzte.

In Raundorf verprügelte der Lehrer einige Schulkinder, weil sie sich einige Pflaumen pflückten, um ihren Hunger zu stillen.

Das Fürsorge-Gesundheitsamt Aachen verschickte Bergarbeiterkinder „zur Erholung“ nach der Eifel. Als der Vater eines der Kinder sich einmal nach diesem unsinnig, fand er es vollständig verlaust und verkommen. Der Nazi-Anhänger, bei dem das Kind untergebracht war, wachte es täglich mit: „Steh' auf, verdammter Hund!“ Er ließ das Kind nicht nur die schmutzigste Arbeit verrichten, sondern

zwang es zum Schmuggeln!

Mehrmals wurde der Junge abgefaßt. Einige Male kam es zu Schießereien, aber immer wieder wurde der Junge gezwungen, mitzumachen.

Die Frankfurter „Arbeiterzeitung“ meldet: „Im Stadtteil Sachsenhausen:

Eine Gruppe von vier- bis sechsjährigen Kindern, in armseligen Lumpen gehüllt, sitzt in den Höfen.

Das Älteste tritt hervor und sagt mit müder Stimme: „Wir bitten die Herrschaften um eine kleine Gabe. Unsere Väter sind schon seit vier Jahren arbeitslos und so sind wir gezwungen, auf diese Art und Weise für unseren Lebensunterhalt zu sorgen.“

Das sind nur einige Pressemeldungen aus den letzten Tagen, wie sie jetzt täglich und immer zahlreicher zu finden sind.

Sie sind eine eindringliche Mahnung an alle Werktätigen, ihren Kindern durch Organisation des Massenkampfes der drei Generationen in den Betrieben, an den Stempelstellen, an den Schulen ein besseres Dasein zu erkämpfen und den Kampf zu führen gegen das kapitalistische System, für eine Republik der Arbeiter und Bauern.

Deshalb alle Kräfte für die Organisation des Massenwiderstandes gegen das kapitalistische System! Mobilisiert zur Internationalen Kinderwoche vom 2. bis 9. Oktober!

SS. gegen SA. eingesezt

Geheimbefehl Hitlers bestätigt Zerlegung der SA.

Der 175er-Hauptmann Röhm hat am 14. September einen Geheimbefehl erlassen, der die tiefe Zerlegung in der SA. kennzeichnet. In dem Befehl heißt es:

„Da in den Gaubezirken Deutschlands im Augenblick eine Zerlegungsarbeit seitens der Kommunisten betrieben wird, erlasse ich hiermit den Befehl an alle Parteiangehörigen der NSDAP., daß in den SA.- und SS.-Heimen, wo sich kommunistische Propagandateure befinden, dieselben sofort dem Sturmbannführer zu melden sind, der sie sodann dem Standortführer weiterzugeben hat. Auch sei darauf hingewiesen, daß mit Wirkung vom 1. Oktober die SA.-Heime von SS.-Leuten zu besetzen sind und dem Nachrichtendienst zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Parteigenossen, die in kommunistischen Gegenden wohnen, haben sich, wenn Gefahr besteht, von der Schutzstaffel nach Hause bringen zu lassen, falls möglich, werden diese Kameraden auch in Heimen untergebracht. (Sie sind zur Wache einzuteilen.) Jeder SA.-Mann, der über die Glaubwürdigkeit seiner Nahrung zweifelt oder dieselben denunziert, wird restlos aus der Partei ausgeschlossen. Beim Austritt bleibt die Uniform Eigentum der Ortsgruppe, insofern sie nicht ganz beschadigt ist.“

Die SA. wird also unter die Fuchtel der SS. gestellt. Was bisher in einzelnen Orten durchgeführt worden war, soll jetzt auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Zweifelslos wird diese Maßnahme die Zerlegung in der SA. noch weiter steigern, weil die SA.-Proleten sich der Bevormundung durch die SS.-Feme widersetzen werden.

Aber selbst der blutigste Terror von Hitlers privater SS.-Garde wird den Weg der SA.-Proleten zur roten Klassenfront nicht verbauen können.

Masseneintritte in die KGD.

In den letzten Tagen erfolgen überall Masseneintritte von Arbeitern in die KGD. Allein in einigen Betrieben des Niederrheins sind über 300 Betriebsarbeiter eingetreten. So zum Beispiel in der Zuckerwarenfabrik Düsseldorf 42, in der Düsseldorfer Metall- und Blechwarenfabrik 33, bei Rheuania Düsseldorf 16, bei Schöndorf 15 uvm. Diese Masseneintritte mitten im Kampfe gegen den Lohnabbau zeigen das wachsende Vertrauen der Arbeiter zur KGD. Die Kämpfe und Streiks der letzten Tage haben der Arbeiterschaft bewiesen, daß nur die KGD. sich rücksichtslos für ihre Interessen einsetzt.

Jetzt heißt es überall: Massenwerbung für die KGD. und ihre Presse.

Sprengfeuer

auf die Zwingburgen des Kapitals mit Millionen kommunistischer Kampfschriften!

Schafft Solidaritäts-Ausschüsse! Keinen Pfennig der bürgerlichen Winterhilfe! Unterstützt das eigene Solidaritätswerk der Arbeiterschaft!

Wirt jüngsten des Antifaschistischen Mousschicken



Zum 12. Male

In der Front der Antifaschistischen Aktion

findet in der ganzen Welt die Kinderwoche statt. Seit 12 Jahren sammeln sich die Arbeiter- und Bauernkinder um die Fahne Lenins.

Zuerst waren wir nur eine kleine Schar. Doch von Jahr zu Jahr sind wir stärker geworden. Heute gibt es in allen Ländern der Erde die Mädel und Jungen mit dem roten Halstuch und dem Grube „Seid bereit! — Immer bereit!“

Am stärksten sind wir jungen Pioniere im Lande der befreiten Arbeit, in der Sowjetunion. Sechs Millionen Pioniere gibt es dort, die ihren Müttern und Vätern helfen, den Sozialismus aufzubauen.

In Deutschland gibt es 60 000 junge Pioniere, 60 000 Kinder, die Vätern und Müttern mithelfen im Kampfe um Arbeit, Brot und Freiheit.

Den Herren der Fabriken und des Landhods gefällt das gar nicht. Sie können uns nicht leiden. So, wie sie alle Arbeiterorganisationen verbieten wollen, so wollen sie die Pionierbewegung vernichten.

Schon sind in Bayern, Baden, Anhalt die jungen Pioniere, die Freidenkerpioniere in ganz Deutschland, verboten. Schon dürfen in einigen Städten nicht mehr die Pioniere an Demonstrationen und Kundgebungen teilnehmen. Alle Faschistenzeitungen rufen: „Verbietet die Pioniere!“

Da heißt es: Alles an die Arbeit, Pioniere! Je mehr Kinder das rote Halstuch tragen, je mehr Kinder im roten Schulvorposten mit uns kämpfen, desto schwerer werden uns die Kapitalisten unterdrücken können.

Deshalb strengt alle eure Kräfte an in dieser 12. Internationalen Kinderwoche. Wir stehen nicht allein, die erwachsenen Arbeiter und die Jungarbeiter helfen uns. Überall muß unser Ruf erklingen:

Wir wollen nicht mehr hungern und frieren!

Arbeit und höheren Lohn unseren Eltern — Brot für uns!

Höhere Unterstützungssätze für unsere erwerbslosen Eltern!

Weg mit der Kinderausbeutung, mit Kinderelend und Not!

Wir wollen keinen Faschismus!

Wir schützen die Sowjetunion!

Verteidigt die Pionierbewegung!

Wir wollen in einem freien Arbeiter- und Bauerndeutschland leben!

Wir kämpfen mit den Jungarbeitern und den erwachsenen Arbeitern für den Sieg der Antifaschistischen Aktion!



gegen Lohnraub

Den Arbeitern des Betriebes Krages und Kriebe in Königsberg sollte der Lohn gekürzt werden. Darauf traten sie in den Streik.

Die jungen Pioniere beschlossen, den Kampf zu unterstützen. So stellen sie in den Schulen fest, wo Kinder von Streikenden sind. Dann rennen sie überall herum und besorgen jeden Tag eine andere Stelle, wo diese Kinder ein Mittagessen bekommen. In der Schule selbst geht es immer der Reihe herum: jeder muß einmal ein Frühstück für eins dieser Kinder mitbringen.

★

In der Textilfabrik Feistkorn in Jena soll der Lohn abgebaut werden. Darauf gaben die roten Jungpioniere eine besondere Betriebszeitung heraus. In dieser Zeitung schreiben sie von ihrem elenden Leben, von ihrem Hunger, von dem Faschistenlehrer. Sie sagten: wenn ihr Arbeiter nicht streikt, dann müssen eure Kinder noch mehr hungern, und wenn ihr nicht kämpft, dann wird der Faschismus immer mächtiger. Die Zeitung war eine Bombe!

★

In Leipzig gründeten die jungen Pioniere eine Stoßbrigade. Die nannten sie „Rote Rebellen“. Die „Roten Rebellen“ zogen viele Tage vor den Textilbetrieb Pfaffendorf und sprachen mit den Arbeitern über den Lohnraub. Sie haben bereits eine RGO-Jugendgruppe des Betriebes gegründet. Ihre Arbeit geht weiter! So haben sie auch schon eine ganze Menge Freistellen gesammelt, wo Kinder Essen und Schlafen bekommen können, falls es zu einem Streik in Pfaffendorf kommen sollte. Das sind nur drei Sachen. Aber wo anders arbeiten wir ebenso. Ueberall klingts!

**Vater kämpft um deren Lohn —
Arbeiterkinder tun schon!**

Kämpfe auch du mit uns! — Werde ein junger Pionier!

Ein Rotes Schulvorposten schreibt:

Eine knorre Schulzeitung haben wir gemacht. Sonnabend früh war nun die große Verteilung. Ein Teil der Zeitungen wurde von ein paar Pionieren in die Klassen geschmuggelt und unter die Bänke verteilt. Die anderen Zeitungen verteilten Jugendgenossen vor der Schule. Die Kinder rissen sich darum: alles jubelte über die „Rote Rakete“.

Sie war aber auch wirklich knorre! Mit einmal stürzt aufgeregt Lehrer Brandes aus dem Schultor auf die Zeitungsverteiler zu. Die hatten alle Zeitungen verteilt und hauten natürlich ab. Brandes hinterher. Eine mächtige Aufregung entstand. Die ganze Straße tobte. Die Schulkinder in dicken Häuten lesen Zeitung, sprechen darüber. Jetzt wollen noch zwei dicke Lehrer den Zeitungsverteilern hinterher. Aber schon nehmen Arbeiterfrauen, Arbeiter und Streikhändler gegen die Lehrer Stellung und halten sie ab von der Verfolgung. Geknickt ziehen die beiden wieder ab. Und wir jubeln.

Es klingelt, die Schule beginnt.

Aber heute denkt keiner an Unterricht. Die Lehrer haben rote Köpfe, stehen zusammen und diskutieren. Aber auch die Schüler diskutieren.

Die „Rote Rakete“ hat eingeschlagen!

Aufgeregt kommen die Lehrer in die Klassen und nehmen die Schulzeitungen ab. Wir hatten 200 Stück herausgegeben, davon haben die Lehrer etwa 100 erbeutet.

Die Zeitungen werden zur Polizei getragen.

Die Lehrer fragen uns, ob wir wissen, wer die Zeitungen gemacht hat, wer daran beteiligt war. Keiner weiß was, keiner sagt was.

Lehrer Brandes kommt auch zurück. Er hat die drei Jugendgenossen nicht erwischen können.

Die Lehrer, die in der Zeitung angegriffen wurden, haben dicke Köpfe. Lehrer Peikert verteidigt sich eine ganze Stunde, in der wir Werkunterricht haben sollen, gegen die Angriffe in der Zeitung. Doch wir Schüler verteidigen uns. Geben ihm Dunst, lassen uns nichts gefallen. Und als er gar einen von uns verdächtigt, die Berichte geliefert zu haben, hat er die Schüler der ganzen Klasse gegen sich. Wir beweisen ihm immer wieder, daß alles wahr ist, was in der Zeitung steht. Wir lassen uns nichts gefallen.

Schon um 12 Uhr ist heute Schulschluß. Konferenz der Lehrer. Sie wollen beraten, wie sie gegen die Zeitungshersteller vorgehen können.

gegen Unterstützungsräub

Als in Rummelsburg in Pommern den Erwerbslosen die Kinderzulage gekürzt werden sollte, traten die Kinder in den Schulstreik.

★

Im Lipper-Land streiken die Pflichtarbeiter gegen die Kürzung der Unterstützungssätze. Darauf traten die Kinder in den Schulstreik. In Detmold, der Hauptstadt, streikten alle Kinder. Die jungen Pioniere haben Sitz und Stimme in der zentralen Streikleitung.

gegen Naziterror

In Biskunz, einem Stadtteil von Hindenburg (Oberschlesien), schoß ein Trupp SA, in eine Gruppe spielender Kinder. Zwei Jungen wurden lebensgefährlich verletzt. Als Antwort auf diese braune Mordtat wurden zwei neue Pionierabteilungen geschaffen.

immer neue Abteilungen

Die Rot-Sport-Pioniere in Berlin gründeten im August sechs neue Abteilungen in Groß-Berlin mit 120 Pionieren und elf neue Abteilungen in der Provinz mit 200 Pionieren.

Im Monat August gründete Ruhrgebiet 13 neue Abteilungen der roten Jungpioniere mit 400 Pionieren. Im Nordhamer Gebiet, wo die Pioniere besonders gut bei dem großen Textilarbeiterstreik geholfen hatten, wurden allein fünf neue Abteilungen geschaffen.

Im Monat August wurden fünf neue Abteilungen der IAH-Pioniere mit 80 Pionieren geschaffen.

In Chemnitz-Bernsdorf wurden vier neue Abteilungen der Rote-Hilfe-Pioniere gegründet. Vorgehen können, was sie gegen die „Rote Rakete“ unter Jugendgenossen nicht erwischen können.

Sie sollen aber lieber die „Rote Rakete“ in Ruhe lassen und sich lieber um die Beseitigung der gemeldeten Mißstände kümmern.

Auf Herrn Peikert werden wir besonders aufpassen. Hier ist ein Bericht aus unserer „Rote Rakete“:

„Wir hatten Erdkunde beim Lehrer Peikert. Aber es dauerte nicht lange, so erzählte er uns von einem Vogel, den er zu Hause habe. Als er davon genug erzählt hatte, schilderte er uns, wie man am besten einschlafen kann. Davon sprach er etwa 10 bis 15 Minuten.“

Nun erzählte er vom Krieg. Er zeigte uns auf, wie schön der wäre und hielt lange Propagandareden für den Krieg. In diesem Zusammenhang verteidigte er auch das schmachvolle Vorgehen der Japaner in der Mandchurei.

Nun sprang einer von uns auf und sagte, daß Japan von den anderen Räuberstaaten der ganzen Welt vorgeschoben wird, um Sowjetrußland anzugreifen, und den Vernichtungskrieg gegen den Arbeiterstaat zu entfesseln.

Da fing Herr Peikert an zu toben: „Das gehört nicht in eine Erdkundestunde!“

Wir wollen mal fragen, ob das vom Vogel, vom Einschlafen! und die Kriegshetze in eine Erdkundestunde gehören?

Seid bereit!

Roter Schulvorposten Berlin-Ost, 109. Volksschule.“

Die neue Trommel

solltest du lesen. Sie schreibt diesmal über die Pioniere in Norwegen, Polen, Amerika, Schweiz, Tschechoslowakei, China, England und natürlich auch der Sowjetunion. Kinder aus Deutschland schreiben über das Faschistenfest des VDA, im Berliner Stadion und über ihre Arbeit im roten Schulvorposten.

Dann gibt's noch eine feine Geschichte „Unter den Fahnen Friedrichs des Großen“ und „Der Flitzer kommt“. Da streikt nämlich eine Horde Jungen, die beim Buchhändler immer die Schmöckerhefte austragen müssen. Sie bekommen so wenig Geld und der Alte zwickelt sie noch außerdem Gerade wie sie da Streikposten stehen, da kommt der Flitzer... Ihr müßt das lesen.

Jeder Pionier verkauft „Die Trommel“ dir für 10 Pfennig.

Verantwortlich: Alfred Brendt Berlin

Hoch die 12. Internationale Kinderwoche 2. - 9. Oktober

Zeichen der Internationalen Kinderwoche!

Kampf gegen Prügelstrafe und Strafarbeit in den Schulen, gegen Kinderelend, Kinderarbeit und Kinderausbeutung...

Der Kampf der Arbeiterkinder ist der Kampf der jungen Arbeiter u. auch der Kampf des erwachsenen Proletariats!

Heraus zum Tag der 3 Generationen

Freitag, dem 7. Oktober, 20 Uhr im „Bergkeller“. Bezirksleitung der Kommunistischen Partei, des KJVD., der Roten Jungpioniere.

Aushilfschaffner der Straßenbahn fordern demonstrativ Vorschub

Die Erregung der Breslauer Gemeinbedarbeiter, besonders der Straßenbahner ist angehts des Lohnraubes, der mit Hilfe der Gemeinbedarbeiterführer und des SWB-Stadtrats etappenweise durchgeführt werden soll...

Gemeinsamer Kampf gegen den gemeinsamen Feind

Seit einiger Zeit verdrängt das jüdische Arbeitsamt an Jungereverbslose Auforderungen zum „freiwilligen“ Arbeitsdienst. Die Beteiligung scheint jedoch nicht sehr reger zu sein...

Es genügt jedoch nicht nur Beifall zu klatschen, sondern es gilt Schulter an Schulter mit den Klammernossen den Kampf gegen jede Unterdrückung und Militarisierung der Jungarbeiter zu organisieren.

Hauszinssteuerfindung

Vom Magistrat wird uns geschrieben: Kürzlich erschien in einer hiesigen Tageszeitung („Breslauer Neuzeit Nachrichten. Die Red.) ein Aufsatz über die neuen Bestimmungen betr. Hauszinssteuer.

Mieter, die vom Fürsorgeamt bzw. Bezirksamt laufend oder zufällig oder vom Arbeitsamt unterstützt werden und die in der Zeit vom 1. 4. 32 bis 30. 6. 32 bereits Hauszinssteuerfindung hatten, brauchen neue Anträge auf Weiterfindung nicht zu stellen...

Das Gleiche trifft zu bei Mietern, die weder vom Fürsorgeamt noch vom Arbeitsamt eine Unterstützung erhalten und bis 30. 6. 32 gleichfalls Hauszinssteuererlass hatten.

Die seit 1. 4. 32 bei den Steuerstellen gestellten und bewilligten Anträge sowie die bei dem Fürsorgeamt wegen Hauszinssteuer bereits gestellten Anträge gelten nach den neuen Bestimmungen als Anträge auf Stundung der Hauszinssteuer.

Inzwischen hatte, wie uns mitgeteilt wurde, die Kreisstelle VII einen ähnlich lautenden Ausschlag gemacht.

Proletarische Jugendweihede des KJVD.

Achtung, Arbeiterkern! Auch euer Kind muß an der proletarischen Jugendweihede des KJVD. teilhaben. Auch euer Kind muß gelehrt werden, um am Kampfe des Proletariats, um an seiner Befreiung vom Joch des Kapitalismus aktiv mitzuhelfen.

Darum, Arbeiterfrau, Arbeitskollege, Genosse, melde dein Kind sofort in einem der nachstehenden Anmeldestellen an.

Süd: Arbeiterheim Polsterstraße 26. — Zentrum: Arbeiterheim Renneweltstraße 33. — Nord: Arbeiterheim Rosenstraße 21. — West: Friedrich-Wilhelm-Straße 59 (Litvertreib). — Ost: Lokal Joubert, Königgräber Straße. — Scheinweg: Lokal Kirsch, Hirsch, Ecke Bodestraße.

Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen!

Heraus zur öffentlichen Jugendversammlung am Mittwoch, dem 5. Oktober, um 20 Uhr, bei Fiedler, Schwefelstraße 10. Es spricht ein Vertreter des KJVD. über das Thema: „Jungprolet, willst du Retter des Faschismus werden?“

Die russische Revolution

Ist für den deutschen Arbeiter die wichtigste Erfahrungsquelle, aus der er lernen kann, für den Kampf zur Niederbringung der Bourgeoisie des eigenen Landes. Darum kommt am Montag, dem 3. Oktober, abends 20 Uhr, in den Schulungsraum der Masch, Ballstraße 21, III., wo Genosse Thomas über das Thema: „Die russische Revolution“ spricht. Eintritt 15 Pfennige, Erwerbslose 10 Pfennige.

Die Flucht aus Papens „Wohlfahrtsstaat“ beging gestern abend die verwitwete Frau W. aus der Palmstraße, indem sie durch Einatmen von Leuchtgas ihrem Leben ein Ende machte. Gegen 7.30 Uhr wurde sie leblos von ihren Verwandten aufgefunden. Nahrungsgegenstände sind auch hier die Ursache zu diesem Selbstmord, daran kann auch das Verbrechen nichts ändern, daß die Frau bisher eine Rente bezog.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau. Der am Dienstag föhliche Kolonnenabend findet nicht im Gewerkschaftshaus, sondern im Zwingergermanium statt.

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau. Dienstag, 4. Oktober, 20 Uhr im Radioheim Neuburgaband. Donnerstag, 6. Oktober, 22.30 Uhr, Rundfunkvortrag des Genossen Trentler.

Die Mordheker betrügen NA-Proleten und ihre Anhänger um zustehende Versicherungssumme

Breslau. Die bestialischen Mordtaten der Nationalsozialisten sind der werktätigen Bevölkerung in Deutschland in den letzten Monaten genügend unter Beweis gestellt worden. In allen Gauen Deutschlands haben die Arbeiter ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit ungeheure Opfer zu verzeichnen, die alle auf das Konto der zum Arbeitermord gedrückten SA-Banden kommen.

Zu den faschistischen Ueberfällen auf wehrlose Arbeiter kommt dazu die verlogene demagogische Propaganda der Braunhosen, die sie unter der Losung: „Nichts für uns, alles für Deutschland“ führen. Mit welcher Verlogenheit die Fememörder Heines und seine Helfershelfer auf die Bauernfänger ausgehen, sei durch nachstehende Schilderung erwiesen.

Es war am 15. März 1931, da veranstaltete die SPD. in Kauern und Karlsmarkt im Kreise Wrieg eine Versammlung. Bereits in der Nachmittagsversammlung in Kauern versuchten die aufgehetzten SA-Leute, die man aus dem Umkreis von mehr als 50 Kilometern nach dort zusammengezogen hatte, die Versammlung zu stören.

Unter dem Schutze der Dunkelheit stürmte die SA.

Am Abend die Versammlung in Karlsmarkt. Die SA-Banden hatten es vornehmlich auf die Fahrradwache des Reichsbanners abgesehen, die sich im Hofe des Gasthauses befand, in welchem die Versammlung stattfand.

Die angegriffenen Arbeiter setzten sich berechtigterweise zur Wehr, und in dieser regelrechten Schlacht, die dort in der Finsternis vor sich ging, wobei die SA-Leute mit Faustlatten, Mistgabeln und dergleichen gegen die Arbeiter voringen, wurde der SA-Mann Gerstenberger aus Karlsmarkt schwer verwundet und verstarb darauf.

Obwohl alle Anzeichen darauf hindeuteten, daß Gerstenberger von seinen eigenen Landsknechtskameraden den tödlichen Schlag erhalten hatte, wurden eine Anzahl Reichsbannerarbeiter auf die Anklagebank gesetzt und in der ersten Verhandlung vom Wrieger Gericht zu vielen Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufungsinstanz mußten sie jedoch freigesprochen werden.

Verwandte des ermordeten SA-Mannes Gerstenberger versuchten den Beweis zu erbringen, daß derjenige, der den Tod Gerstenbergers verursacht hat, in den Reihen der SA steht. Als Täter kam der Landwirt Wilhelm Göbel aus Bantwitz in Verdacht. Jedoch die Staatsanwaltschaft Wrieg stellte gegen den vermutlichen Täter das Verfahren ein. Seit jenen Tagen sind viele Monate ins Land gegangen.

Da bringt vor einigen Wochen der „Schlesische Beobachter“, jenes bekannte Mordhekerorgan der Heines, Herben und Co., einen Artikel, in welchem sie die Denkmalsweiche am Grabe des mit Wahrscheinlichkeit durch SA-Mörderhand ermordeten SA-Mannes verherrlichen. Diese blutrünstigen Mordheker, die in ihren Spalten nicht oft genug vom „roten Unternehmertum“ und von klaffenbewußten Arbeitern nur von Menschen schreiben, die nur mit der Unwahrheit umgehen, wagen jetzt nach anderthalb Jahren die erbärmliche Ver-

hauptung in jenem Artikel aufzustellen, daß der SA-Mann Gerstenberger von Kommunisten ermordet worden wäre. Kann man sich ein erbärmlicheres Lumpenpad vorstellen? O ja! Diese SA-Steuer-Soldaten, die zum Arbeitermord gedrickt sind, können noch mehr als das was oben angeführt wurde. Lassen wir Tatsachen sprechen.

Der große Betrug in der Nazipartei

Der SA-Mann Adolf Gerstenberger, der am 15. März 1931 die tödlichen Schläge erhielt, war als SA-Mann Mitglied der SA-Verficherung der Nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei.

Obwohl es in den Richtlinien dieser SA-Verficherung, die später als Hilfskasse bezeichnet wurde, heißt, daß dieselbe für jeden Todesfall eines SA-Mannes, der im Parteidienst fällt, 2000 Mark auszahlt, haben jene notorischen Lumpen in der Potempa-Partei die Angehörigen des SA-Mannes Gerstenberger um diese Summe betrogen. Ja diese Drahtzieher scheuten sich selbst nicht, den meuternden und sich dagegen empörenden SA-Leuten vorzuschwindeln, daß die Summe ausgezahlt wurde. Jedoch bleibt das unumstößliche Tatsache, daß jene zustehende Summe nicht ausgezahlt wurde.

Am 17. Oktober 1931 wurde den Angehörigen Gerstenbergers aus dem braunen Haus in München mitgeteilt, daß verachtbare Ansprüche gegen die (Mord-) Partei nicht existieren. Und der „Aufbruch“, jenes einstmalige „Kampfblatt“ der Straßengruppe, schrieb am 27. Juni vorigen Jahres:

„Adolf Hitler betrügt seine Toten“

Ja, jene „Deutschland-Erneuerer“ sind nicht nur fähig, Klassenbewußte revolutionäre Arbeiter zu mordern, sie lassen durch ihre Mordgarden ihre eigenen Pg. erschlagen und betrügen sie obendrein um ihre zustehenden Gelder.

Die Anverwandten des ermordeten Gerstenberger haben den Mordhegern sowie ihren Trabanten oftmals verboten, an das Grab ihres Sohnes und Bruders zu gehen, und trotzdem wagen es die Fememörder Heines, die geistigen Urheber jener bestialischen Arbeitermorde, immer wieder, durch ihre Aufmärsche und ihre neuen Mordreden die Hinterbliebenen zu provozieren. Und solche nennen die „Aufbaukräfte“ den „Kampf um Deutschlands Erneuerung“.

Ihr SA-Proleten, die ihr diesen Schwindel jener Mordheker noch nicht erkannt habt, denkt einmal ernstlich darüber nach, was euch noch alles blüht. Erst vor wenigen Tagen wurde, wie in der Arbeiteröffentlichkeit bekannt wurde, ein SA-Mann im braunen Haus von den eigenen Pg. angefallen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die hiesigen SA-Leute haben den ungeheuren Betrug der Mordheker Heines, Brüdner, Zeule und Konforten erkannt und haben in richtiger Weise gehandelt, als sie diesen Leuten das zerrissene Mitgliedsbuch vor ihre dreißigen jesuitischen Knochen schmissen. Ähnliche Beispiele gibt es bereits überall schon, neuerdings auch in Oshau, wo vier Nazis zur roten Klassenfront kamen. Auch ihr müßt aus der Vergangenheit die Lehren ziehen und müßt erkennen, daß euer Platz nur an der Seite der revolutionären Arbeiterkraft sein kann. Auch ihr müßt euch einreihen zum Kampf um Arbeit und Brot und müßt in der roten Einheitsfrontation Schulter an Schulter mit den revolutionären Betriebsarbeitern und den Erwerbslosen den Kampf führen. Macht Schluß mit der Potempa-Partei! Her zur roten Klassenfront!

Geldbriefträger im Kreise Neumarkt ermordet

Im Walde zwischen Grünthal und Kobelnider Friedhof im Kreise Neumarkt wurde am Sonnabend der Postkassierer Baum aus Stephansdorf, Kreis Neumarkt, der sich auf einem Bestellgange befand, erschossen aufgefunden. Es wird Raubmord vermutet, da der Beamte am heutigen Tage größere Geldbeträge bei sich hatte. Die Breslauer Mordkommission hat sich sofort an den Tatort begeben. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Diese sowie all die vielen Einbruch- und Diebstahls-Meldungen zeigen, wie die Katastrophe heranwächst. Doch der Ausweg aus dem Fleud und der Not ist nur der organisierte Massenkampf der Werktätigen in Stadt und Land.

Stadtverordnetenvorsteher stellt die „Einheitsfront“ von den Faschisten bis zur SWB. her

Wrieg. Am Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung zeigte die SPD-Fraktion wieder einmal ihr „arbeiterfreundliches“ Gesicht, indem sie sich dafür einsetzte, daß dem Eisenbahnsportverein für billiges Geld Gelände überlassen wird, auf welchem dieser, getreu dem Rassen-„Ertüchtigungs“-Programm, die Jugend bei jüdischem Arbeitsschulung und Sportdienst militärisch auszubildet. Als der kommunistische Stadtverordnete darauf hinwies, daß hier die Sozialdemokraten ihren faschistischen Zwillingsschwestern, den Nazis, Dienstleistungen leisten und mit dafür sorgen, daß die Faschisten dort ihre Bürgerkriegsübungen abhalten können, zeigte die gesamte Fraktion der Rechten die Wichtigkeit der Ausführungen des Kommunisten. Der „Genosse“ Wabel von der SPD, jener bekannte Hauspacha, der sich nicht schämt, Arbeiterfamilien auf die Straße jeben zu lassen, weil sie ihr gutes Recht fordern, setzte sich trotzdem mit aller Wärme für den jüdischen Sportverein ein.

Zum Bau eines Zehnfamilienhauses stellt die Stadt Baumaterial der Gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaft zur Verfügung. Diese geringe Bautätigkeit benutzte ebenfalls der vorgenannte Patentsozialist, um den Erwerbslosen Illusionen in bezug der Arbeits-

beschaffung zu machen. Auch hier zeigte der kommunistische Stadtverordnete die Seifenblase, die man Arbeitsbeschaffung nennt. Die Nazis benutzen die Gelegenheit, um gegen die kommunalen Betriebe loszugehen und stellen ihre alte reaktionäre Forderung auf, die kommunalen Betriebe in Privatbesitz zu überführen. Nach Schluß der öffentlichen Sitzung fand eine geheime Sitzung statt.

Wie uns noch berichtet wird, zogen nach Schluß derselben die „Stadtbäter“ in Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zum „Revolutionär“ Nagel, dem Vertreter der SWB, ins „Goldene Saum“, um dort den „Sieg“ der Stadt Wrieg, die sie errungen hat, indem sie weiter Kreisstadt bleibt, zu begießen. Die SPD- und der SWB-Vertreter können ja deutlicher nicht zeigen, wie sie die Arbeiterinteressen vertreten, als am Viertisch in Gesellschaft mit der Reaktion.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöhllich i Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Feodrich, Berlin. — Für Inserate: Albert C 111 a m, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Das Oktoberprogramm von Liebich dürfte für die Freunde der Varietékunst eine angenehme Ueberraschung sein. Neben den Varietetas, den weltberühmten Musikclowns und den 5 Vescesos in ihrem Kombinationsakt sind alle Kunstarten der Varietékünste vertreten. Humoristische Tanzattraktionen, unerreichte Kunststücke auf Rollen, tolle Luftevolutionen, ein internationaler Revuestar von den Folies Bergères, Paris, und ein lustiger Einakter sorgen für das abwechslungsreichste Programm.

Die Emil Fache Aktiengesellschaft jetzt ihre Spendentätigkeit fort. Als Winterhilfe erhalten 400 Familien oder Ledige vom 1. Oktober bis 30. November 1932, und zwar 200 Familien laufend jeden Dienstag je ein Pfund Schweinefleisch ohne Grieben und weitere 200 Familien laufend jeden Donnerstag je ein Pfund prima Rinderfleisch, beides aus eigener Schlachtung, zum Ausnahmepreis von 10 Pfennig je Pfund. Die Abgabe erfolgt im Detailgeschäft Ring 3, neben der Gaststätte.

Maurer-Hosen engl. Leder mit u. ohne Schnitt 9.50, 7.90, 5.80 R. Malinowitzer Klosterstr. 23

Edmund Prause Kohlenhandlung Breslau, Trebnitzer Str. 29

Dr. Mottek verzogen nach Ohlauer Stadtgraben 31. Ecke Vorwerkstr. nahe Bahnhofstr. Telefon wie bisher 59607

PLAKATE und alle anderen Drucksachen FORTSCHRITT A6, FIL. BRESLAU Trebnitzer Str. 50 Telefon 464 55

la Fettbücklinge Pfd. nur 25 Pfg. Hartuna, Liegnitz

Achtung! Achtung! Geschäftseröffnung 4. Oktober 1932 Schuhreparaturen, Neuanschaffungen nehmen Ihnen einen nicht unerheblichen Teil Ihres Einkommens. Das können Sie verhindern, wenn Sie zu mir kommen Schnellbesohlanstalt M. Grötzner Striegau, Güntherstraße 15 Konkurrenzlose Preise Damen-Sohlen . . . von 1.40 Mk. an Herren-Sohlen . . . von 1.75 Mk. an Damen-Absätze . . . von 0.40 Mk. an Herren-Absätze . . . von 0.70 Mk. an Zur Verarbeitung gelangt nur gutes Material Gutschein gültig vom 4. bis 10. Okt. 32. 10 Proz. Rabatt

Achtung Genossen! Kauff bei unseren Inserenten!

Gemeinsame Kampffront der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen

Petersdorfer Wohlfahrtsempfänger verweigern Annahme der gefürzten Unterfützung / Die Glasarbeiter der Josephinenhütte fassen Streikbeschluss, um gemeinsam mit den Erwerbslosen den Unterfützungsraub abzuwehren / Gemeinsame Kampffront gegen jeden Pfennig Lohn- und Unterfützungsraub!

Petersdorf. Bereits in der am Montag, dem 20. September, abgehaltenen, stark besuchten Erwerbslosenversammlung, in der sich Stahlhelm- und Nazi-Proleten mit den Forderungen der kommunistischen Arbeiter solidarisierten, kam der einmütige Abwehrwille der Petersdorfer Erwerbslosen gegen die Hungertotenverordnung der kapitalistisch-faschistischen Papen-Regierung und gegen die weitere Kürzung der an sich schon unzureichenden Unterfützungsfälle klar zum Ausdruck. Auf Antrag der Kommunisten wurde einstimmig beschlossen, die Annahme der gefürzten Wohlfahrtsunterfützungen zu verweigern. Von dem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher wurden jedoch alle Forderungen der Erwerbslosen abgelehnt.

Am Auszahlungstage, Freitag, den 30. September, waren circa 300 Wohlfahrtsempfänger zum Teil mit Frauen und Kindern vor der Stempelstelle erschienen und weigerten sich demonstrativ die gefürzte Unterfützung in Empfang zu nehmen.

Unter dem Schutze eines starken Polizeiaufgebots erschien auf die energische Forderung der erregten Massen der Herr SPD-Gemeindevorsteher und lehnte in gewundenen Erklärungen die Forderung der Erwerbslosen ab. Trotzdem er selbst zugeben mußte, daß die Erwerbslosen mit den Hungerpfennigen nicht auskommen könnten, weigerte er sich, die ungenügenden Unterfützungen auszusprechen. Der Kampfwille der Erwerbslosen konnte durch seine gebrochenen Phrasen

spiel dafür, daß ihnen das nicht gelang. Die Erwerbslosen an allen Orten, in denen die Metall- und Textilarbeiter streiken, geben seit Wochen das gleiche glänzende Beispiel der Solidarität, des gemeinsamen Kampfes. In dieser gemeinsamen Kampffront wird der Lohn- und Unterfützungsraub, wird jeder weitere Angriff der Unternehmer auf die Taschen der Werktätigen zerfallen.

Die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter von Petersdorf haben den Kampf aufgenommen und müssen ihn jetzt zur Verhinderung jedes Pfennigs Lohn- und Unterfützungsraubes weiterführen.

Bezeichnend für die arbeitgeberfeindliche Haltung der Sozialdemokratie ist neben der Haltung des Gemeindevorstehers die Aufforderung des Konsum-Lagerhalters Kadema, der äußerte, es wäre ein unverständliches und gemeines Verhalten der Arbeiter, wenn sie die Unterfützung nicht annehmen. Sie müßten froh sein, wenn sie überhaupt Geld bekämen. Unter den wenigen, die sich hinterherum die Unterfützungen holten, befand sich auch der Kassierer des Demokratischen Bundes, Paul Blasig. Die Arbeiter aber werden den Kampf bis zum Sieg weiterführen.

Der Schrecken unserer Unterdrücker

Jugendeinheit gegen Lohnraub u. Arbeitsdienstpflicht

(Jungarbeiterkorrespondenz.)
Walzenburg. Den Arbeitern von Altwasser, die morgens nach 5 Uhr zur Arbeit fahren müssen, bot sich am Freitagmorgen ein grotesk-komisches Bild. Kommen um die genannte Zeit zwei Schupen die Charlottenbrunner Straße spaziert. Plötzlich bleibt der eine von den beiden entsetzt stehen. Sein entsetzter Blick ist auf ein kleines, unauffällig gelbes Plakat geheftet, das in großer Schrift die Jungarbeiter zur Einheitsfront gegen Lohnraub, Arbeitsdienstpflicht und Militarisierung auffordert. Sicherlich war dadurch die Republik gefährdet, denn plötzlich zog einer der beiden ein Messer und ging mit diesem bewaffnet gegen das Plakat vor. Ganz leicht war die Arbeit nicht, der Schweiß stand ihm dabei auf der Stirn. Diese klühnen Angriffe auf die staatsgefährdenden Plakate wiederholten sich noch einige Male, bis keines mehr von ihnen zu finden war. Mit der Mene eines Stegers gingen dann diese tapferen Ordnungshüter, die auch mal ihr Talent für Krabarbeit gezeigt hatten, ihren Weg weiter. Obwohl diese Tat bei allen Beobachtern ein Lächeln hervorrief, einen tiefen Ernst hat diese Angelegenheit doch. Nichts fürchtet die herrschende Klasse mehr, als wie die Einheitsfront des Jungproletariats. In der Einheitsfront der Jungproleten zerfallen alle weiteren Ausbeutungsmaßnahmen der Bourgeoisie. Und deshalb rufen die Volkspolizisten als treue Verteidiger der Kapitalisten die Plakate herunter. Die Jungproleten stehen aber daraus die Lehren und werden noch klüner und mutiger an die Bildung der Jugendeinheit gegen Lohnraub, Arbeitsdienstpflicht und Militarisierung herangehen.

32 Aufnahmen für die JAG. in Weißstein

Weißstein. Donnerstag nachmittag fand im „Deutschen Hause“ eine öffentliche Versammlung der JAG. statt. Genosse Theo Overhagen vertrat es in seinem Referat, die Versammelten zu fesseln. In leicht verständlicher Weise, durchwürzt mit heißendem Humor, behandelte er alle die Dinge, die für die Arbeiterklasse von großem Interesse sind. Er forderte auf, praktische Solidarität zu üben mit unseren Arbeitsbrüdern, die im Kampfe für menschenwürdige Verhältnisse stehen.

32 Arbeiter und Arbeiterfrauen erklärten ihren Eintritt in die „Internationale Arbeiterhilfe“. Die Sammlung ergab den Betrag von 4,80 Mark.

Arbeiter, unterstützt weiter die Proviantkolonnen des kämpfenden Proletariats!

Aus dem Gemeindeparlament Weißstein

Hilfe für die hungernden Erwerbslosen abgelehnt

Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront im Gemeindeparlament Weißstein spricht Hertwig das Vertrauen aus — Kommunisten verlangen Ausschreibung von Neuwahlen

Weißstein. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der SPD-Vertreter, Lehrer Scholz, von der SPD-Fraktion, als er den Sitzungssaal betrat, im Sprechchor mit „Ei wer kommt denn da?“ begrüßt. Das ist bekanntlich kein neues Produkt, mit dem er in ebendieser Weise in einer SPD-Versammlung vor dem Volksentscheid kommunistische Funktionäre bei der Einwohnerwahl zu diskreditieren versuchte. Scholz ist inzwischen inwieweit bei den Götterbetern gelandet und wird selbst von Kindern nicht mehr ernst genommen.

Der stellvertretende Gemeindevorsteher Scholz beantragte, den Punkt „Bürgersteuer“ als dringlich in die Tagesordnung aufzunehmen, da bis 10. Oktober ein dementsprechender Beschluß vorliegen muß, dem von der Vertretung stattgegeben wurde. Genosse Wisniba sprach gegen die Bürgersteuer, weil dieselbe ausschließlich die verdienstlose Bevölkerung belastet. Die Staatszuschüsse an die Gemeinden sind so weit eingeschränkt, daß die Gemeinden trotz brutaler Steuererhöhungen ihren Verpflichtungen gegenüber den Armen nicht mehr gerecht werden können. Es gilt, die breitesten Schichten gegen die ungerechten Wahlensteuern zu mobilisieren. Gegen die drei Stimmen der Kommunisten und die des Nazis wurde die Bürgersteuer in Höhe von 250 Prozent beschloffen.

Die ersten fünf Punkte der Tagesordnung, die nur einer Beschlußfassung bedürftig, wurden ohne Debatte genehmigt.

Dem Grundstücksverkauf Hochgasse 4 gab die Fraktion der SPD ihre Zustimmung nicht, mit der Begründung, daß die Gemeinde Gelegenheit habe, die Wiederinstandsetzung menschenwürdiger

Wohnungen billig durchzuführen. Der Verkauf wurde mit Mehrheit beschloffen.

Eine längere Aussprache erforderten die drei Anträge für die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen, die bereits schon in einer Sitzung behandelt und in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht wurden. Die Anträge eins und zwei, in denen

Bewilligung von Mietsbeihilfen auch nach dem 1. Oktober und Ausgleich der niedrigen Krisenunterstützungen durch Beihilfen von der Gemeinde gefordert

wurden, versielen nach allerlei faßenscheinigen Veteuerungen durch die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront der Ablehnung. Der Antrag 3, in dem die bisherigen Nichtfähige der Hilfsbedürftigen in die gehobene Fürsorge eingegliedert werden sollen, fand einstimmige Annahme.

Zur Neubefetzung der Stelle des suspendierten Gemeindevorstehers Hertwig lagen drei verschiedene Anträge vor. Der Antrag des Gemeindevorstandes sah die Bewilligung der Kosten für einen kommissarischen Gemeindevorsteher vor, während der Antrag der SPD-Fraktion sofortige Ausschreibung dieser Stelle mit folgenden Bedingungen forderte:

1. Der Gemeindevorsteher muß jederzeit absetzbar sein, wenn er nicht im Interesse der Werktätigen handelt.
2. Sein Gehalt darf zurzeit monatlich 500 Mark nicht übersteigen.

Die SPD-Fraktion bedauert in ihrem Antrag die Suspendierung Hertwigs und bittet die Regierung, im Interesse der Gemeinde die Suspendierung rückgängig zu machen und bis zur Klärung der Angelegenheit den stellvertretenden Gemeindevorsteher die Geschäfte wahrnehmen zu lassen. Diesen Antrag begründete der SPD-Vertreter Lehrer Thiel, der bezeichnenderweise bei irgendwelchen Verschlechterungen auf schulpolitischen Gebiet in den Vertreterfunktionen, wie seine Fraktionsgenossen, den großen Schweiger machte. Hier aber entwickelte er sein Redetalent, um für Hertwig in letzter Stunde eine Lanze zu brechen. Derselbe Mühe gab sich Lehrer Hartwig vom bürgerlichen Mischmasch.

Genosse Neumann zeigte in längeren Ausführungen auf, wie Hertwig als Anwalt der Bourgeoisie alle Maßnahmen gegen die Werktätigen Weißsteins durchführte. Ausführlicher ist darüber schon geschrieben worden.

Der Antrag der SPD wurde mit Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten drei Kommunisten und der Nazi. Zwei Bürgerliche enthielten sich der Stimme.

Werktätige von Weißstein, das Abstimmungsergebnis, aus dem das volle Vertrauen der Bürgerlichen zu dem Sozialdemokraten Hertwig zu ersehen ist, zeigt euch doch ganz deutlich, daß alles im Interesse der herrschenden Klasse tat. Unterstützt noch stärker den außerparlamentarischen Kampf gegen alle Maßnahmen, die von der Regierung, den Unternehmern und den Kommünen gegen euch durchgeführt werden.

Wieder ein Todesfall durch spinale Kinderlähmung

Weißstein. Am Donnerstag starb das sechsjährige Mädchen des Steigers Lemler von der Davidgrube an den Folgen der spinalen Kinderlähmung. Das Mädchen erkrankte am Sonntag, dem 25. September, war also nur vier Tage krank.

Erfolgreiche Landarbeit

Landeshut. Am Sonntag, dem 25. September, führten wir einen Landsonntag durch. Fünf Genossen bearbeiteten den kleinen Landort Döberitz bei Landeshut und setzten für über 3 Mark an Bauernzeitungen und Skizzen aus.

Vom Liegnitzer Stadtparlament

SPD. ermöglicht Wiedereinführung der Regiersteuer

Liegnitz. Eingangs der letzten Stadtverordnetenversammlung nahm der Vorsteher Rosenberger Stellung gegen die Verichterhaltung in der Liegnitzer. Der Bericht hat, wie R. betonte, mit Sachlichkeit nichts zu tun, und der Verichterhalter ist kein solcher, sondern ein Schmeichelein. Wir waren schon oft gezwungen, gegen Herrn Rosenberger Stellung zu nehmen, aber diesmal verließen wir ihm bei, jedoch mit dem Zusatz, daß nicht nur dieser Bericht, sondern der ganze Inhalt der Zeitung Junk ist. Gen. Peischel fordert Anerkennung wegen der bevorstehenden Räumung von Ermitteltenwohnungen. Die Forderung wird abgelehnt, weil über Polizeiangelegenheiten im Stadtparlament nicht mehr geredet werden darf, d. h. also: was diese Forderung tut, ist wohlgetan und „Schmauge gehalten“. Zum drittenmal hat die Wiederwahl des Stadtrats Jaensch auf der Tagesordnung. Der Rechtsblock, der sonst, wie auch die weitere Sitzung beweist, alles Mögliche bewilligt, will diese Stelle einräumen. Dies würde bedeuten, daß man infolge Pensionzahlung nur 45 Mark monatlich weniger ausgeben würde, dafür aber den Herrn J. spazieren gehen läßt. Unser Genosse führte aus, daß hier die Sparlosigkeit am unrechten Platz ist. Der Antrag des Rechtsblocks wird abgelehnt und J. darauf mit 20 Stimmen auf 12 Jahre wiedergewählt. Die Rechten gaben weiße Zettel ab, aber nur aus Verärgerung über die Ablehnung ihres Antrages, nicht weil sie Gegner des Herrn J. sind. Ihr Redner, Schwalbe, hat ausdrücklich erklärt, daß J. ein arbeitstüchtiger Mann ist, der seine ganze Kraft mit Erfolg für die Bürgerlichkeit eingesetzt hat.

Eine größere Debatte löste die Vorlage betreffs Bürgersteuer aus. Der Referent befürwortet die Vorlage, die sowieso kommt, mit den Worten: „Fritz Vogel oder Fritz!“ Nazi-Schmied ist gegen diese Steuer und wünscht mehr Besteuerung der Warenhäuser. Nachdem ihm Dazufle (Mitte) fragt, was bei seinem Kampf gegen die Warenhäuser aus den Angestellten werden soll, wird der Nazi von unseren Genossen aufgefordert, beim Kampf gegen Warenhäuser vor-

zuzusetzen zu sein, da sonst Wohlwoth kein Geld mehr in die Kasse legen wird. Unser Standpunkt zur Regiersteuer wird erklärt und der SPD. der herabwürdigende Vorwurf des Nichtvertretens der Interessen der Arbeiterklasse gemacht.

Die Arbeiter wollen keine Bürgersteuer zahlen, und deshalb muß der, der sich Vertreter dieser Schicht nennt, gegen diese Steuer stimmen, das tun aber nur die Kommunisten.

SPD-Fischer wollte darauf unseren Genossen belehren, daß auch die SPD., wenn auch nicht gern, unangenehme Sachen schlucken muß, weil sie sonst keine Forderungen für die Arbeiter stellen kann. Die Antwort darauf wurde durch Antrag auf Schluß der Debatte verhindert. (So wirft man sich gegenseitig die Wälle zu.) Die Arbeiterklasse weiß aber trotzdem, was ihr die 15jährige „Mitarbeiter“ der SPD. in allen Parlamenten gebracht hat. Die Vorlage wäre abgelehnt worden, wenn die SPD. nicht Stimmenthaltung geübt hätte. Sie wurde mit 18 gegen 3 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen.

Wir wissen, daß bei Ablehnung der Regiersteuer auf bittatorischem Wege angeordnet wird, sie kann deshalb nur durch außerparlamentarischen Kampf verhindert werden.

Für die Hindenburg-Spende hat die so arme Stadt 500 Mark übrig, auch die Nazis und der SPD. Hoff sind dafür, weil dadurch den Kriegsverletzten „geholfen“ wird. Die Kriegspäter fordern den versprochenen Dank des Vaterlandes. Sie wollen keine Almosen, auch nicht von Hindenburg, dem „der Krieg wie eine Wadetur bekomen“ ist, wie er selbst geäußert hat. In den Papierkrieg und die Redeschlachten aller Epochen wegen der 48 neuen Anschlagläufen wollen wir nicht eingreifen, da übrigens feststeht, daß der Bancausgleich einstimmig beschloffen und die Fraktionsführer schon lange die Sache gebilligt haben. Zu was also den ganzen Theaterdonner? Der Arbeiterklasse ist die Beseitigung des Kohldampfes viel wichtiger als das Stadtbild.